

Wir trotz aller Deklamationen einzelner vorkampftätiger Führer nicht. Aber was wir nicht glauben ist, daß sie sich Wirth zur Verfügung stellen werden. Dann kann der seinen Auftrag in Ebers Hände zurücklegen, der ihn nun einem der Volkspartei sympathischeren Kandidaten für den Reichsanzeigerposten übergeben oder versuchen wird, durch Verhandlungen mit den Parteiführern zu einem Resultat zu gelangen.

So wird man dann schließlich die Mitwirkung der Stinnespartei gewinnen, aber selbstverständlich nur unter der Bedingung, daß man sich ihren Wünschen für die Fortführung der Politik richtet. Es gibt Leute, die beschwichtigend versuchen, die Gefahr einer wirklichen Um-

Wahlrecht ist Wahlpflicht! Jede Versäumnis nußt dem Bürgertum!

legung der Steuer sei auch in diesem Fall gering, und am Ende werde das Neue nur in der Tonart und in den Gesten des kommenden Kabinetts hervortreten. Mag sein. Denn auch wir vermögen uns unter all dem, was von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagen wird, nichts rechtes vorzustellen. Wir wissen weder, was „beschränkte Erfüllungsbereitschaft“ bedeutet, noch wie sich der Entschluß, nun aber „mit allen Mitteln“ die Revision des Versailles Friedensvertrages zu betreiben, praktisch verwirklichen soll. Was aber soll dann die ganze Komödie? Gelegenheit geben, vom Ministertische aus, ein paar Redensarten in die Welt zu schleudern, deren Wirth nicht fähig gewesen wäre? Nun, der einzige Erfolg wird sein, daß draußen das stärkste Mißtrauen erweckt wird, und daß sich eben deshalb für Deutschland nicht das geringste bessert.

Bei alledem sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Rechtssozialisten sich an der sogenannten Koalition beteiligen werden. Wir sind dazu durchaus berechtigt, da sie bisher nichts Gegenteiliges haben verstanden lassen. Sie werden ja auch zu den Gründen, die sie in Görlich vorgebracht haben, noch den neuen finden, daß die Alternative nur eine rein bürgerliche Regierung sei, zu der es gerade in der schwierigen und delikaten außenpolitischen Lage nicht kommen dürfte. Aber wir warnen doch noch einmal. Unter dem Gesichtswinkel unserer parteipolitischen Interessen könnte es uns angenehm sein, wenn sie sich weiter kompromittieren. Aber es geht um die Arbeiterbewegung. Wir müßten der großen Koalition gegenüber, möge an ihrer Spitze nun Wirth oder ein anderer stehen, die schärfste Kampfstellung einnehmen, und damit wäre die sozialistische Einheitsfront auf lange Zeit hinaus eine Unmöglichkeit geworden. Die Gefahren einer bürgerlichen Regierung, die in der Erkenntnis ihrer Unfähigkeit, außenpolitische Erfolge zu erringen, das nationale Banner im Kampf gegen die Arbeiterschaft schwingen würde, verkennen wir nicht. Aber sie würden von vorübergehender Dauer sein und um so schneller verschwinden, je energischer und klarsinniger die sozialistischen Parteien sich wider das Kabinett von Gnaden der neuen Kammer erhoben.

Arbeitsgemeinschaft und Reparationsproblem Arbeitervertreter lassen sich nachführen

Der Vorstand der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ beschloß sich kürzlich mit dem Reparationsproblem und nahm einstimmig eine Entschliebung an, die für die Erfüllung der Reparationsleistungen folgende Voraussetzungen aufstellt:

„Die Voraussetzung dafür wird in jedem Falle eine weitere Leistungssteigerung der deutschen Produktion, daneben auch die Erfüllung der Forderung bilden müssen, daß die deutsche Wirtschaft die Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel uneingeschränkt behält, und daß deshalb mit allen Mitteln die Gefahren einer Ueberfremdung beseitigt werden.“

Angesichts der Bedeutung, welche der deutschen Ausfuhr für die Lösung des Reparationsproblems beigemessen werden muß, ist des weiteren die Forderung zu erheben, daß die wirtschaftliche Macht des deutschen Konsums dazu benutzt wird, bessere Bedingungen für die deutsche Ausfuhr zu erlangen.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt sich feierlich bereit, dafür einzutreten, daß jede wirtschaftlich noch zu rechtfertigende Steuerquelle erschlossen wird, die auf technischer einwandfreier Weise einen Ertrag verspricht, und daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer jedes Oeler auf sich nehmen wollen, das ihnen ohne einen Zwang zur Selbstverleugung zugemutet werden kann. Die Grundlagen der Wirtschaft müssen allerdings unangefastet bleiben und zwar in erster Linie die menschliche Arbeitskraft, nicht minder aber das volkswirtschaftliche Kapital, an dem allein sich diese Arbeitskraft betätigen kann.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen jedoch die Ordnung der deutschen Finanzverhältnisse in der Weise verlangen, daß alle Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen mit einem erheblichen Verringeren und die Allgemeinheit ersparenden Kostenaufwand zu arbeiten gezwungen werden. Der Zentralvorstand wird jede Maßnahme der Reichsregierung daraufhin prüfen, ob dieselbe Gesichtspunkte Rechnung getragen ist und keine Zustimmung ausschließlich von dem Ergebnisse dieser Prüfung abhängig machen.“

Ist den Arbeitervertretern in der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht bekannt, daß die wirklichen Gefahren einer Ueberfremdung gerade aus dem Verhalten der Kapitalisten hervorgehen? Sie sind es ja, die um der Vergrößerung ihrer Gewinne wegen eine Beteiligung des ausländischen Kapitals an ihren Unternehmungen erstreben. Wissen die Arbeitervertreter nicht, daß der Gefahr einer regellosen Ueberfremdung nur begegnet werden kann, wenn durch die Einkunftsabgabe des Reiches auf die Sachwerte die Möglichkeit geschaffen wird, — wenn die Notwendigkeit zur Veräußerung von Produktionsgütern gegeben ist — diese geregelt vorzunehmen und die riesigen Gewinne Einzelner dabei auszuscheiden?

Was bedeutet die Forderung „bessere Bedingungen für die deutsche Ausfuhr“? Wird darunter etwa verstanden die Berechtigung des Anspruchs der Unternehmer, die gewaltigen Konjunkturgewinne völlig für sich behalten zu können? Sieht man ferner von der Redensart ab, daß „die menschliche Arbeitskraft geschützt“ werden soll, so entsprechen die Forderungen der Zentralarbeitsgemeinschaft wegen der Steuerleistungen völlig der rein

bürgerlichen Auffassung, die den Besitz über Gebühr schonen will.

Es ist überaus betrübend, immer wieder feststellen zu müssen, daß trotz aller Redensarten die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften nichts anderes sind als der wertvolle Vorspann für Unternehmerinteressen. Daher die Liebe der Unternehmer zu den Arbeitsgemeinschaften.

Die Zeit verschlafen!

Der Amtsschimmel trotzt langsam, aber sicher. Auch der Novembersturm hat es nicht vermocht, ihn in schnellere Gänge zu versetzen. In einem erbaulichen Beispiel zeigt uns das der „Reichsanzeiger“ vom Dienstag, den 11. Oktober 1931. Dort ist auf der ersten Seite folgende Verfügung an das Preussische Staatsministerium zu lesen:

„Auf den Bericht vom 20. August will ich genehmigen, daß die Kertzbahn-Altiengeellschaft von der ihr nach der Konzeption 1901 obliegenden Verpflichtung zum Betriebe einer Rollbahn von Schlagmühle nach Rahr entbunden wird. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat darüber zu wachen, daß der Erlös als Bahnpfand in anderer Form, und zwar zunächst in Erneuerungsfonds angelegt wird.“

Großes Hauptquartier, den 21. August 1917.

Wilhelm R.
von Breitenbach. Sydow. Helfferich.
Freiherr v. Rödern. Spahn. Drews. Schmidt.
von Offenhardt. Rothe. Hergt.“

Das Große Hauptquartier lebt längst nur noch in der trauernden Erinnerung derer, die es sich dort gut sein ließen. Wilhelm sitzt in Holland, Helfferich und Hergt sind von ihren Ministerstühlen in die Pfützen des nationaler Demagogie herabgestiegen: aber die Verfügung ist ihren Weg gegangen. Unbemerkt durch Revolution, Friedensvertrag, wechselnde Mächte und Ministerien hat sie nach vier Jahren zwei Monaten den ihr vorbestimmten Platz gefunden.

Und zum Zeichen dafür, daß das neue Preußen es ebenso gut kann wie das alte, prangt unter der obenstehenden Verfügung eine zweite des gleichen Inhalts, diesmal datiert vom 3. Oktober 1920, unterzeichnet von der Preussischen Staatsregierung: Braun, Dezer. Auch Herr Braun und Herr Dezer sind längst ihrer Ministerherrlichkeit entkleidet. Um gerecht zu sein, muß man allerdings zugeben, daß die Verfügung der nachrevolutionären Regierung, die in Berlin gegeben wurde, vom Ministerium bis zum „Reichsanzeiger“ nur 1 Jahr 1 Woche gebraucht hat. Also eine Refordverbesserung um 3 Jahre.

Es gibt noch Staatsanwälte

Seit Monaten werden gegen den Hauptmann Stennes, den früheren Leiter der Hundertschaft zur besonderen Verwendung, die schwersten Vorwürfe erhoben. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft III beim Landgericht Berlin gegen Hauptmann Stennes und Genossen die Voruntersuchung wegen Waffenhoheit und Geheimbündelerei eröffnet. Wenn die Untersuchung gegen Stennes mit dem gleichen Eifer betrieben wird wie die Aufklärung des Falles Buchholz, wird noch geraume Zeit vergehen, ehe es zur Verhandlung kommt.

Das Thüringer Kabinett

In der Thüringer Landtagsitzung vom 14. Oktober wurde das neue Ministerium für Volksbildung dem Bezirkschulrat Max Greil (U.S.P.) aus Gera in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 15 Stimmen übertragen. Das Thüringer Kabinett ist nunmehr vollständig. Jede der beiden sozialistischen Parteien verfügt darin über vier Stimmen. Der Ministerpräsident ist jedoch noch nicht gewählt worden.

Der Staatsrat — ein Hindernis

Im Hauptausschuß des preussischen Landtages wurde am Sonnabend die Beratung über den Haushalt des Staatsministeriums fortgesetzt. Es kam dabei zu einer wichtigen Aussprache über den Staatsrat. Unsere Partei hatte den Antrag gestellt, den Staatsrat zu beseitigen und die Bestimmungen der Verfassung dementsprechend zu ändern. Die bürgerlichen Vertreter lehnten sich natürlich für dieses sonderbare Gebilde sehr lebhaft ein, obwohl sie zugeben mußten, daß der Staatsrat bisher noch keine ersprießliche Arbeit geleistet hat. Herr Stegerwald war gezwungen, ihn ein schwerfälliges Gebilde zu nennen, das die ganze Staatsmaschine ins Stocken bringe. Gehe das so weiter, dann müßten gegebenenfalls die Bestimmungen der Verfassung bezüglich der Aufgaben des Staatsrates geändert werden.

Große Leid betonte, daß wir Gegner jedes Zweikammersystems sind. Der Staatsrat habe schon nach kurzer Zeit gezeigt, daß er die Verwaltungsgeschäfte wesentlich erschwere. Der Staatsrat wisse selber nicht, welche Obliegenheiten er zu erfüllen habe, er plüschle an allem herum, verursache hohe Ausgaben, ohne eine positive Leistung vollbringen zu können.

Der Staatsrat ist von den bürgerlichen Parteien in die Verfassung hineingebauert worden. Er soll ein Gegengewicht zu dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlament bilden. Parteileute für die Verwaltung bringt er nicht. Aber er ist eine reaktionäre Machtposition. Deshalb halten die bürgerlichen Parteien an diesem Gebilde, ungeachtet aller Nachteile, fest, deshalb muß aber auch von den Arbeitern solange gegen diese Einrichtung angeklämpft werden, bis sie beseitigt ist.

Die Ostpolitik

Das Ministerium des Auswärtigen verordnet durch WTB folgende Erklärung:

Mehrere Blätter haben in den letzten Tagen Nachrichten über Personenwechsel in einem Referat der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes gebracht und hierbei die Vermutung ausgesprochen, daß ein derartiger Wechsel eine Änderung unserer Ostpolitik zur Folge oder zur Ursache habe.

Dazu muß bemerkt werden, daß alle derartigen Vermutungen schon um deswillen von falschen Voraussetzungen ausgehen, weil — was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist — die auswärtige Politik des Reiches nicht von den Referenten oder von dem Reichsminister des Auswärtigen nachgeordneten Stellen, sondern einzig und allein von dem verantwortlichen Reichsminister und dem Reichskabinett bestimmt wird.

Die Meinungen über einen Wechsel im Referat der Ostabteilung knüpfen an die Feststellungen von einer Reihe bedeutender Unterforschungsarbeiten dieses Referats an. Wenn jetzt der Außenminister und das Reichskabinett ausdrücklich die Verantwortung für diese Fehler übernehmen, so wird sich die Kritik in Zukunft eben nur an den Herr und nicht an das Geschick zu halten haben.

Der verdienstvolle Politiker

Der Deutschen Volkspartei hängt um ihren Stadtkamerar. Sie hat ihn eben erst gewonnen und fürchtet nun, ihn wieder zu verlieren. Herr Dr. Cremer richtet in der „Täglichen Rundschau“ eine Lanze für ihn gegen die Regierung. Diese habe sich eines unerhörten Eingriffes in die Justiz schuldig gemacht. Noch nie ist so ein Verstoß gegen das Recht dagewesen. Wahrhaftig: nie ist in Deutschland ein Mißbrauch des Rechts vorgekommen. Und nun gar gegen einen so wertvollen Menschen. Herr Cremer droht! Der Reichsanzeiger möge sich hüten. Hinter Stadtkamerar steht eine Macht: die Deutsche Volkspartei. Sie wird dem Kanzler ihre Freundschaft kündigen, wenn er zugibt, daß ihr Stadtkamerar angefaßt wird. Das macht Herr Cremer so:

Geht rechtzeitig zur Wahl! Die Wahlzeit geht 3 Uhr zu Ende!

„Diese willkürliche und ungerechte Verhaftung eines um die nationalen Belange so hoch verdienten Politikers muß gerade in unserer Partei, die der Reichsanzeiger mit in seinem marstischen Schiffe einseitigen lassen möchte, höchst befreundend und verlegend wirken. Vielleicht ist dem Reichsanzeiger nicht bekannt, daß Dr. Stadtkamerar in der letzten Zeit keinen Eintritt in die Deutsche Volkspartei vollzogen hat. Offenbar hat der Reichsanzeiger gerade jetzt, wo das völlige Versagen seiner Politik durch die Wählerbundentscheidung über Oberschlesien so zutage liegt, sich dieses unangenehmen, weil so mutigen Angreifers entledigen wollen.“

Der arme Dr. Wirth! Er wird schön erschoten sein, als er erfahren hat, daß er ein wertvolles Parteimittel der Stinnesleute zu zertrümmern im Begriffe war. Hätte er das geahnt... Aber wir versehen den Schmerz der Cremer und Genossen um ihren Freund doch nicht. Was kann denn geschehen? Kann es einem nationalpolitischen Agitator schaden, wenn er mit dem Obleum des Verbrechens behaftet ist? Wir haben den Eindruck, daß der „verdienstvolle“ Mann in seinen Kreisen dadurch nur an Ansehen und Wert gewinnt.

Für Dr. Stadtkamerar hat Rechtsanwalt Dr. Alsbach die Einleitung einer Privatklage wegen der in einem Artikel der „Germania“ enthaltenen beleidigenden Ausführungen übernommen. Herr Dr. Stadtkamerar wird sicherlich Richter finden, die den an ihm begangenen „Rechtsbruch“ wieder gut machen.

Ein Dollar = 150 Mark

Die Spekulation an der Börse hat gestern ihren Höhepunkt erreicht. Alles flieht vor der Mark, alles, was Mark besitzt, sucht sie abzustößen und sich ausländische Werte dafür zu verschaffen. Hatten sich schon am Freitag Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß ein neuer Sturm auf dem Devisenmarkt im Anzuge ist, so ist gestern dieser Sturm wirklich erfolgt. Trotz des Eingreifens der Reichsbank gingen die Kurse unausgesetzt in die Höhe und erreichten den Betrag von 150 Mark für den Dollar.

An der Börse für Wertpapiere führte das natürlich ebenfalls zu ganz erheblichen Ausschlagungen. Und auch an den Warenbörsen stiegen die Preise. Der Roggen- und der Weizenpreis sind in den letzten Tagen um 3 bis 400 Mark pro Tonne gestiegen. Was dieses Steigen des Dollars auch für die inländischen Erzeugnisse bedeutet, kann man sich an der Forderung der Landwirte nach dem Dollarpreis für Kartoffeln leicht klar machen. Da die Landwirte im Frieden für einen Zentner Kartoffeln etwa 4 Mark, also einen Dollar erhielten, so müßten sie, da der Dollar jetzt 150 Mark wert ist, diesen Betrag erhalten. Das ist denn auch in Wirklichkeit die Absicht.

Die Konferenz von Benedig

Die von dem italienischen Außenminister della Torretta angeregte und zustandegedachte Konferenz zwischen Vertretern der Regierungen von Deutschösterreich und Ungarn, die den Konflikt über Westungarn lösen sollte, ist beendet. Nach den vorliegenden Nachrichten ist das Ergebnis außerst ungünstig für Deutschösterreich. Die amtliche Mitteilung, die die österreichische Regierung über das Ergebnis der Konferenz ausspricht, besagt, daß Ungarn sich bereit erklärt habe, Westungarn innerhalb dreier Wochen von allen Banden zu säubern und die Uebergabe an Oesterreich zu garantieren. Demgegenüber ist Deutschösterreich bereit, daß in Ledenburg und fünf Dörfern eine Volksabstimmung stattfindet, wobei das Plebiszitgebiet von interalliierten Truppen besetzt sein muß. Sollte die Zustimmung zu Ungunsten Oesterreichs ausfallen, dann verpflichtet sich Ungarn zu wirtschaftspolitischen Konzessionen, die trotz der eventuellen Zugehörigkeit des Abstimmungsgebietes zu Ungarn die wirtschaftliche Einheit Westungarns für Oesterreich nicht gefährden. Des weiteren verpflichtet sich Ungarn zum vollen Ertrag aller Kosten und Verluste, die Oesterreich aus der verspäteten Uebergabe Westungarns erwachsen.

Es kam in der Konferenz jedoch kein unterzeichneter Vertrag zustande, da nach der Staatsverfassung die österreichische Delegation kein Recht zu einer derartigen Unterschrift hatte. Bundeskanzler Dr. Schober hat nur mit Ermächtigung des Ausschusses für äußere Angelegenheiten die Konferenz besucht, muß nun aber dem Ausschuss erst Bericht erstatten, worauf die definitive Beschlußfassung durch die parlamentarische Vollversammlung erfolgen wird. Sollte der Beschluß zustimmend lauten, so wird Oesterreich mit der Entente einen Vertrag schließen. Ein Vertrag zwischen Wien und Budapest direkt ist jedoch ausgeschlossen.

Voraussetzung für eine gerechte Volksabstimmung, falls sie wirklich zustande käme, wäre allerdings, daß Ledenburg und Umgebung von den ungarischen Banden gesäubert würde. Hier liegt der springende Punkt.

Milliardenspekulationen eines Ententediplomaten

Aus Wien wird gemeldet, daß der britische Oberst Cunningham, Ententevertreter in Wien, durch umfangreiche Baispekulationen, namentlich in fremden Valuten, sehr bedeutende Differenzen schuf, die auf viele Hunderte Millionen geschätzt werden. Cunningham ist nach dem WTB in Wiener politischen und gesellschaftlichen Kreisen vielfach hervorgetreten und hat sich während der kritischen Zeit der Republik und der Stadt vielfältige Verdienste um die Verteidigung ihres Lages erworben.

Propaganda für den Arbeitbergedanken

Ein Blick hinter die Kulissen

Unser Mannheimer Parteiorgan die „Tribüne“ veröffentlicht einige vertrauliche Zirkulare, die von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder verschickt worden sind. Das erste Zirkular richtet sich an die Mitgliedschaftsvorstände und stellt im wesentlichen eine große Schnorrerei dar. Der große Ausschuss der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände habe beschloffen, eine Beihilfe für einen bestimmten Zweck vorzuschlagen. Ueber die Höhe der Leistungen, die von dem einzelnen Unternehmer gefordert werden, sagt das Zirkular folgendes:

„In Verfolg dieser Anregung bemerken wir, daß bei einer einmütigen Umlage von etwa 1 Mark auf den Kopf des Arbeiters, diese Maßnahme, wenn sie von sämtlichen Verbänden durchgeführt wird, genügen würde, um die zunächst unbedingt notwendigen Mittel zusammenzubringen. Wir bitten aber unsere Mitgliedsverbände weiter, über diese Umlage hinaus die großen kapitalkräftigen Firmen und Konzerne veranlassen zu wollen, eine besondere Zuwendung für diesen besonderen Zweck auf das angegebene Konto zu machen.“

Der Aufruf zu dieser Sondersteuer ist nicht auf eine allgemeine Geldknappheit der Vereinigung zurückzuführen. Sie wäre ja undenkbar. Die besondere Beihilfe dient einem besonderen Zweck: dem Zweck der Propaganda für den „Arbeitbergedanken“. Darüber heißt es:

„Namens des Propaganda-Ausschusses und der Geschäftsführung der Vereinigung, an welche beide Organe in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen herangetragen werden, bitten daher die Unterzeichneten alle Mitgliedsverbände um ihre Unterstützung, einmal durch Mitarbeit und Zusammenarbeit bei der Durchführung des Programms selbst, dann aber auch durch weitgehende Werbung und Abführung von Geldmitteln für den angegebenen Zweck. Wir sind gerne bereit, einzelne Verbände auch mündlich über das Propaganda-Programm der Vereinigung und die Verhandlungen im Vorstand und Ausschuss zu informieren, glauben aber bei der Vertraulichkeit der Materie von einer weiteren Uebersendung von Veröffentlichungen Abstand nehmen zu müssen. Wir bitten, uns so bald es sich übersehen läßt, die ungefähre Summe der besonderen Leistungen und das voraussichtliche Resultat der Umlage mitteilen zu wollen, damit wir entsprechend unsere Maßnahmen zur Ausdehnung der Propaganda treffen können.“

Das zweite Zirkular soll durch die Mitgliedschaftsvorstände an die einzelnen Mitglieder verbreitet werden. Es stellt einen Ruf an die Opferfreudigkeit des „bedröhten“ Unternehmertums dar und beginnt mit der Schilderung dieser Bedrohung. Sie geht natürlich von der Arbeiterschaft aus. Die deutsche Arbeiterschaft, heißt es in dem Zirkular, wird wieder einmal gegen ihren Willen zum Kampfe gezwungen. Die Arbeiterorganisationen seien so unverschämmt, aus Anlaß der Brotverteuerung Lohnzulagen zu fordern. Da diese Mittelteilung dem einzelnen Unternehmer kaum überraschend gekommen wäre und ihn nicht sonderlich in Aufregung ver-

setzt hätte, muß das Grauen des Spielers ein wenig geweckt werden. Diesem Zweck dient folgender Absatz:

„Nach spricht man nur von Lohnforderungen, aber im Hintergrunde steht ein Ziel, das viel weiter geht. Die deutsche Arbeiterschaft will diesen Kampf, der auf Kosten unserer gesamten Volkswirtschaft geht, nicht. Wir müssen ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, aber wenn er doch kommen sollte, in der Lage sein, die Drohung in Ruhe anzunehmen. Dieses können wir nur, wenn wir Arbeitgeber in geschlossener innerer Front einig zusammenschließen und wenn wir uns Rückzugslinien schaffen, um der Agitation der Gegenseite in der Desfinitivität handzuhalten und ihr zu begegnen.“

Dieses Rückzug soll geschaffen werden in Gestalt von Geldmitteln. Die Geldmittel sollen verwandt werden zum Zwecke der Propaganda für den „Arbeitbergedanken“. Das neue und auffällige an der ganzen Zirkularaktion der deutschen Arbeitgeberverbände ist nämlich nicht die Geldsammlung und die Verleserung der Rüstung der Schanzmachereorganisationen. In dieser Hinsicht befinden sie beständig den größten Erfolg. Neu und wichtig ist der besondere Zweck dieser Sammlung, und merkwürdig ist die Art der Propaganda, die da betrieben werden soll. Schon in dem oben angeführten Zitat ist zu lesen, daß die Materie mit außerordentlicher Vertraulichkeit behandelt werden muß. Nur mündlich könne die Vereinigung ihre Mitglieder über den Inhalt des Propaganda-Programms informieren. Das zweite Zirkular äußert sich über diesen Gegenstand ebenso unbestimmt. Es heißt dort:

„Auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, verbietet die Vertraulichkeit des Gegenstandes. Es sei nur gesagt, daß die Erreichung des angegebenen Zieles mit allen nur möglichen und bewährten Mitteln der Propaganda unter Leitung und tätiger Mitarbeit der Herren des Propaganda-Ausschusses erstrebt werden soll.“

Die Verschwiegenheit der Zirkulare versteht jeder, der die Mittel der Propaganda für den „Arbeitbergedanken“ kennt. Es ist bekannt, daß die gesamte bürgerliche Presse aller Schattierungen dem Unternehmertum für diesen Zweck wie ein williges Mädchen zur Verfügung steht. Aber das darf man nicht schwarz auf weiß zu Papier bringen, obwohl es die Spahen von den Dächern pfeifen. Deswegen möchten wir hiermit die Öffentlichkeit und auch die Mitglieder der Arbeitgeberverbände darauf aufmerksam machen und den Schleier des tiefen Geheimnisses der beiden Zirkulare ein wenig lüften helfen: das vornehmste Mittel der Propaganda für den Arbeitbergedanken ist die bürgerliche Pressekorruption.

Auch das ist für die Arbeiterschaft nicht neu, aber immerhin interessant. Wenn also der Feldzug demnächst beginnt, wenn die gesamte bürgerliche Presse wieder einmal von pöbelhaften Angriffen gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen wimmelt, dann wissen wir, daß die betreffenden Blätter und die in ihnen die Feder führenden Schreiber, dank der Opferfreudigkeit, mit der das Unternehmertum seinen besonderen Propaganda-Fonds ausgebracht hat, gut dafür bezahlt werden.

Wer verschuldet die Eisenbahnunfälle?

Diese Frage hat in der letzten Zeit angesichts der auf-fallend zahlreichen Eisenbahnunfälle die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt. Die mehr mit Leichtfertigkeit, vielleicht auch bewußt wider besseres Wissen, auf jeden Fall ohne Sachkenntnis gegebene Antwort lautet oft: Die Unachtsamkeit der Bediensteten. Natürlich! Zu einem der jüngsten Fälle dieser Art erhalten wir jetzt von sachkundiger Seite eine Zuschrift, die einiges Licht auf die Ursachen mancher Unfälle auf der Eisenbahn wirft. Uns wird geschrieben:

Die Presse berichtet von einem Eisenbahnunglücksfall, wonach am 13. Oktober ein Elgüterzug in der Nähe des Bahnhofs Jungfernheide in eine Rote von Bahnhofsunterhaltungsarbeitern hineingefahren war. Dabei sind neben nicht unerheblichen Verletzungen auch leider zwei Todesfälle zu beklagen.

In Patientenfällen ist man erstaunt, wie trotz der Sicherungsstellen, die der Eisenbahnfahrpass beobachten kann, ein derartiger Unglücksfall möglich ist. Der brave Bürger weiß eben nicht, daß Theorie (Unfallverhütungsvorschriften) und Praxis im Eisenbahnbetrieb zwei grundverschiedene Dinge sind. Die verunglückte Rote, die einschließlich des Rottenführers aus 10 Mann bestand, hatte ein Weiche zu räumen, eine Tätigkeit, die zu den schwersten Arbeiten zählt. Vorschriftsmäßig hätten an der betreffenden Stelle zwei Sicherungsstellen ausgestellt werden müssen. Da der Rottenführer nur für die Arbeitsaufsicht in Frage kommt, standen somit zur Arbeitsleistung 7 Mann zur Verfügung. Da die Hebung der Weichanlage (ca. 25 Zentner) alle Kräfte erforderte, ließ der Rottenführer, nachdem der Nebel verzogen war, die beiden Sicherungsstellen mit an die Arbeit geben, und er selbst griff auch zu. Jedoch im Moment der angestrengtesten Arbeit nahm unbemerkt der unglückselige Zug, und das Unglück war geschehen.

Die Eisenbahnverwaltung hat gegen den unglücklichen Rottenführer das einfache Mittel in der Hand, daß er die Vorschriften nicht beachtet habe. Sie selbst spielt dabei den Unschuldigen. Wer aber macht ein fanggemäßes Arbeiten nach der Vorschrift unmöglich? Sind nicht die Instanzen die Schuldigen, die immer mehr darauf hindrängen, daß überall die Zahl der Arbeitskräfte unter ein Mindestmaß herabgesetzt wird? Eine strenge Staatsanwaltschaft wird nunmehr den armen Rottenführer als Angeklagten vor die Schranken des Gerichts bringen. Eine weise Justiz müßte weiter nach dem eigentlichen Schuldigen suchen.

Immer mehr sind im Eisenbahnbetriebe derartige Unglücksfälle, die auf Nichtbeachtung der Vorschriften zurückzuführen sind, zu verzeichnen, insbesondere auch beim Rangierpersonal. Arbeitsüberhäufung infolge Personalmangel läßt es nicht zu, die nötigen Sicherungsmaßnahmen zu beachten.

Bei jeder Gelegenheit wurde vom Deutschen Eisenbahner-Verband auf die Gefahren hingewiesen, die durch den Mangel an Personal erwachsen. Trotz alledem versucht die Eisenbahnverwaltung noch immer weiter die Zahl der Arbeitskräfte der einzelnen Dienststellen zu reduzieren. Ereignete sich doch kürzlich folgender Fall: Ein Betriebsrat, der einen Rottenführer auf die Nichtachtung der Sicherheitsvorschriften aufmerksam machte und die Auffstellung eines Sicherungspostens verlangte, wurde entlassen, weil der Betriebsrat in der Auseinandersetzung bewußt provoziert wurde, und er sich in begrifflicher Aufregung über derartige Leichtfertigkeiten zu einer Beleidigung hinreißt.

Diesem Stellen, die fortgesetzt vom grünen Tisch verfügen, daß an dieser oder jener Stelle wieder Arbeitskräfte beschäftigt werden, tragen die eigentliche Schuld an derartigen Unglücksfällen. Die Schanzmacher im Eisenbahnbetrieb, gelüßt und gefördert durch die bürgerlichen Parteien und ihre Presse verblenden die Anklage.

So sind also die Toten vom Bahnhof Jungfernheide ein Opfer des Sparens am verkehrten Ende. Wir hoffen, daß dieser Hinweis auf die Eisenbahnverwaltung einigen Eindruck macht. Mit dem Leben und der Gesundheit der Eisenbahner darf nicht gespielt werden.

Freie Bahn dem Mietwucher!

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle den Minister für Volkswohlfahrt ersuchen, die Höchstmietenerordnung vom 9. Dezember 1919 — II 6 Nr. 1201 — infolgedessen abzuändern, daß die Gestaltung der Mieten festgelegt wird, mit der Maßgabe jedoch, daß bei Wohnungen sich der Herstellungswert des Hauses oder der Erwerbswert vor 1918 nach Deduktion aller direkten Lasten (normale Instandhaltung, Steuern, Wasser usw.) und unter Berücksichtigung der Bewaltungskosten nicht höher als sonstige festzulegende Kapitalien verjähren darf.“

Die Deutsche Volkspartei treibt damit dieselbe Politik im Interesse der Hausbesitzer, wie das gesamte Bürgerium im Stadtparlament. Die wirtschaftliche Not der minderbemittelten Bevölkerung, die schon auf dem Gebiete der Lebensmittelerzeugung zum Tummelplatz der Profitgier geworden ist, soll nun durch die Befreiung des Mieter-schutzes noch vergrößert werden. Dagegen wird sich die gesamte Arbeiterbevölkerung überall entscheiden wehren!

Geldsachsolidarität

Der Unternehmer Bister hatte im Jahre 1901 für die Provinz Niederschlesien den Bau einer Talssperre bei Marklitz übernommen, wobei er angeblich infolge nicht vorhergesehener technischer Schwierigkeiten sein Geld zusehrt hat. Der Mann hat die Arbeit schon im nächsten Jahre liegen lassen und war froh, aus dem Vertrage herauszukommen. Er schloß mit der Regierung einen Vergleich und erhielt noch 4000 M. ausgezahlt. Der Kostenanschlag betrug 520 000 Mark.

Nachdem 20 Jahre darüber vergangen sind, kommt er jetzt mit einer Eingabe an den Landtag, der ihm zu seinem damals verlorenen Gelde verhelfen soll.

Die Landesversammlung hat sich damit beschäftigt. Im Handels- und Gewerbeausschuss setzten sich alle Vertreter aus Unternehmertum lebhaft für die Bezahlung des vor 20 Jahren ausgebliebenen Unternehmerrückgewinnes ein.

Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß der Mann mit unzulänglichen Finanz- und technischen Mitteln im Submissionsverfahren die Arbeit übernommen habe. Erst nach 10 Jahren habe er Ansprüche gestellt, die sich nach und nach bis zum Betrage von 200 000 Mark steigerten. Das Reichsgericht habe seine Klage abgewiesen.

Die Vertreter der Unabhängigen und Kommunisten wiesen auf die Konsequenzen hin, wenn der Landtag die Sünden der Väter vor zwei Jahrzehnten gutmachen sollte, obwohl die Abweisung schon einmal erfolgt sei. Arbeiterforderungen sieht man nicht so freundlich gegenüber.

Aber das half alles nichts. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wählten die Geldsachsolidarität mit unerschütterlicher Treue. In der Auspumpung des Staates zum Vorteil ihrer Klienten sind sie stets großzügig. Wie ihre sonst so beliebten, mit Bismarckmannern vertriebenen Re-

gierungen von der Notwendigkeit des Sparens waren vergessen: mit 12 gegen 8 Stimmen empfahl der Ausschuss der Regierung die Berücksichtigung der Forderung.

Der Mann in Marklitz aber ist sicher ein tüchtiger Republikaner. Insofern, als er sich sagt, an der Republik kann man ruhig und rücksichtslos verdienen, was man unter dem alten Regime zu verdienen vielleicht verjährt hat. Und wenn die Regierung der freundlichen Aufforderung des famosen Ausschusses nicht nachkommt, was wir in diesem Falle hoffen — dann hat die Republik einen geschworenen Feind mehr. So sieht die Gesinnung des Bürgeriums aus.

Gewerkschaften und Kartoffelwucher

Vor einigen Tagen hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mitgeteilt, er beabsichtige, den Kampf gegen die Ausweitung der werktätigen Bevölkerung bei der Beschaffung von Kartoffeln besonders tatkräftig zu fördern.

Aus dem Bericht über die Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund und dem Ernährungsminister Hermes aber kann man leider nicht den Eindruck gewinnen, daß die Vertreter der Gewerkschaften dort nach dieser Antikündigung gehandelt haben. Der Bericht erweckt den Eindruck, als ob die Gewerkschaften sich damit begnügt hätten, Maßnahmen zu fordern, die den Wucher bestrafen, wenn er bereits erfolgt ist. Das aber ist etwas durchaus unzulängliches und nach seiner Richtung hin ein ausreichender Schutz der arbeitenden Bevölkerung. Erforderlich sind vielmehr vorbeugende Maßnahmen, Maßnahmen, die ein Herabdrücken der Preise und eine Sicherstellung des Bedarfs der städtischen Bevölkerung garantieren. Dafür aber ist das einzige Mittel die Einführung des Umlagezwangsverfahrens für Kartoffeln, eine Forderung, der ja auch die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften mit ihrem Verlangen nach Beschlagnahme der Vorräte ziemlich nahe kommt.

Von einer solchen Maßnahme aber will der Ernährungsminister Hermes nichts wissen. Um so mehr hätten die Gewerkschaftsvertreter Betanlassung nehmen müssen, ihm kategorisch zu erklären, daß sie ihre Durchführung verlangen. Sollten die Gewerkschaftsvertreter es wirklich unterlassen haben, ein solches Ansuchen zu stellen, wie man das nach dem ausgegebenen Bericht annehmen muß, so wäre es nunmehr die dringende Aufgabe der Organisationen, dafür zu sorgen, daß dem Ernährungsminister klar gemacht wird, daß die Gewerkschaften jede Verantwortung ablehnen müssen, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird.

Beendigung des Hamburger Buchdruckerstreiks. Der Buchdruckerstreik in Hamburg ist beigelegt. Die Hamburger Zeitungen werden am Montag wieder erscheinen.

Börsenkrach wieder in Berlin. Der Hallensische Börsenkrach ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte der Börsen wieder übernommen.

Neues Zeitungsverbot in Bayern. Die Münchner „Volksstimme“ wurde ebenfalls auf eine Woche verboten, weil sie den Minister Reichenau als „französischen“ Wiederaufbauminister und als Lügner bezeichnete.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 17. bis 23. d. M. zum Preise von 540 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 270 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Deutsche Gräber in England. Wie die Blätter melden, ergreift das britische Arbeitsministerium Maßnahmen, damit die Gräber in England verstorbener deutscher Gefangener gut instand erhalten werden.

Munitionsexplosion in Rumänien. In dem Fort Rudeni bei Bukarest flogen hundertfünfzig Wannen Munition in die Luft. Durch die Explosion wurden zehn Personen getötet und zahlreiche verletzt.

Eisenbahnunglück in Spanien. Bei der Entgeisung eines Personenzuges bei Meriba in Spanien sind elf Personen getötet worden, in der Mehrzahl Soldaten, die im Beiriff waren, zu ihrem Regiment zu stoßen, um nach Marokko zu fahren. Die Anzahl der Verletzten ist noch unbekannt.

Freilassung der Stadträte von Poplar. Der englische Gerichtshof beschloß, die 29 Stadträte von Poplar, die sich seit einiger Zeit im Gefängnis von Brixton befinden, freizulassen. Es handelt sich um die Stadträte des Londoner Arbeiterviertels Poplar, die wegen der großen Arbeitslosigkeit in ihrem Bezirk die Einziehung der Steuerabgabe verweigerten.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufschuk

5 Jahre schriftliche Garantie, Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxusaufsätze.

10% Preisnachschlag. Zahn-Praxis Halvani, Danziger Straße 1.

Ausschneiden!

Druckfache
2in Die
Hauptexpedition der „Freiheit“
Berlin G 2
Brette Straße 8-9

Weiß- Porzellan

Speiseteller 12,50	Kompottschüss. v. 65 bis 13M
Dessertteller 2,75	Bratenschüsseln v. 7 bis 23M
Kompotteller 1,25	Kaffeekannen von 9 bis 16,50
Suppenschüss. mit Deck. 35M 48M	Teekannen von 12 bis 19,50
Kartoffelnäpfe mit Deck. 19M 21M	Butterdosen 4,00 6,75
Saucieren 12,25	Tassen 1,75 1,95

Stück 1 M		Stück 2 M		Stück 3 M	
1 Zuckerdose	1 Milchtopf mittel	1 Milchtopf groß	1 Beilagschale 20 cm auf Fuß	1 Seifdose	1 Bürstendose
1 Milchtopf	1 Kuchenteller	1 Trichter	1 Kuchenteller	1 Trichter	1 Vorratsdose
1 Schälchen 12-14	1 Obstschale	1 Vorratsdose	1 Teller 11-14 cm	1 Schüssel rund	
1 Bürstenschale					

Oberlappen klein 95 Pf. groß 1,25

Bunt- Porzellan

Kaffeegeschirr	Blaue Band	Meißner Blau	Schwarzburg	Rote Rose
Kaffeekannen	12,25-19M	12,25-19,25	26M-48M	19,50-35M
Teekannen	15,50-19M	-	29M-48M	19,50
Milchtöpfe	7,25	2,00 6,50	9,75-18,50	4,75 9,75
Zuckerdosen	8,75-9,75	8,75 9,75	22M 28M	9,50 14,50
Tassen	5,50 7,25	4,75	9,25 11,25	8,75

Kaffeegeschirr für 2 Personen	38M bis 55M	Tafelservice für 12 Personen	92,5M
für 6 Personen	39M bis 75M	Obstservice 7 tellig	49M 85M
für 12 Personen	115M 145M	Tassen mit Goldband	4,25 4,75
Küchengerät 22 tellig	225M bis 290M	Tassen mit buntem Muster	5,75 6,50

Porzellan - Vasen

Rosenmuster Apfelblüte v. 7,75 bis 80M

Extra-Preise

Glas Porzellan

Wirtschafts - Artikel

Preßglasgarnitur „Hansa“

Kompottschüss. v. 5,55	10,50
Kuchenteller	11,50 14,50
Käseglocken	11,50
Zuckerschalen	4,25

Preßglasgarnitur „Oliven“

Butterdosen	11,50
Kompottschüss. v. 1,80	11,75
Kuchenteller	7,25 11,75

Wassergläser 85 Pf. 95 Pf.

Teetbecher	95 Pf.
Teetbecher mit Band 2,15	2,45
Bierbecher mit Bordüre 2,05	2,45
Likörbecher Carl, Viktoria	1,05
Butterglocken glatt	8,25
Käseglocken glatt	8,25
Weingläser glatt	4,25
Likörgläser optisch	5,25
Wassergläser geschliffen	4,75
Bierseidel Ecken Tübinger	3,75
Wassergläser glatt Rundboden	9,5M

Kristall-Römer

32M und 39M

Teegeschirr, Steingut, schwarz, bunt dekoriert

Teekannen	von 8M bis 12,25	Butterdosen	8,75
Kaffeekannen	10,50 12,25	Zuckerschalen auf Fuß	3,50
Zuckerdosen	3,75	Kuchenteller gr. 5,75 klein	2,05
Milchtöpfe	3,00	Tassen	3,75

Teegeschirr, Steingut, bunt glasiert

Teekannen	von 7M bis 11,25	Butterdosen	6,25
Kaffeekannen	von 7M bis 11,25	Zuckerschalen auf Fuß	3,25
Zuckerdosen	3,25	Kuchentell. gr. 4M kl. 95 Pf.	1,00
Milchtöpfe	2,45	Tassen	3,40

Tafelgeschirr „Marga“, Steingut, buntes Bandmuster

Speiseteller 12,50	3,75	Bratenschüssel 15M bis 40M	
Kompotteller	2,05	Saucieren	2,45
Kompottschüssel 9,75	15,50	Suppenschüssel m. Deckel 40 M	42M

Steingut-Speiseteller weiß 1,20 Dessert 95 Pf.

Waschgarnituren 8 tellig 63M 78M 85M

Steingut, blaues Zwiebelmuster

Kaffeekannen	von 7,50 b. 14M	Teekannen	von 6M bis 8M
Milchtöpfe	von 2,25 bis 6,75	Zuckerdosen	4,75 6,25
Waschschüsseln bunt	16M	Steintöpfe für ca. 6 Liter	1,75
Wasserkannen bunt	9,75	Durchbr. Körbe sehr preiswert	

Blumenkübel, Säulen, Krippen sehr preisw.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Die junge Jule
7 1/2 Uhr: Maffie Menaffi

Staatstheater.
Opernhaus
11 1/2 Uhr: Mittags-Konzert
unter Ehrenmitwirkung
FRANZ von VOSEY'S
7 1/2 Uhr: Sibylla
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Für den Bühnen-
Volksbund: Die Räuber
7 1/2 Uhr: Die gefesselte Phantasie

Neues Volksbühnen-
Königsplatz
7 1/2 Uhr: Die Wildente
7 1/2 Uhr: Die Räuber
7 1/2 Uhr: Die gefesselte Phantasie

Wagner-Theater
Englisch 7,30 Uhr
Nixchen
Theater
am Nollendorfplatz
8 Uhr
Der Vetter
aus Dingsda

Theater des Offens
4 H. Trudobas Sommerreise
7 1/2 Uhr
Das Glück der kleinen Leute

KLEINES THEATER
1 1/2 Uhr: Carola Toebe in
Frl. Jettette - meine Frau
Sonntag, 4 H., Kleine Pl.
Cajanusas Sohn

RESIDENZ-THEATER
7 1/2 Uhr: Der König in Paris
Sonntag, 4 H., Kleine Pl.
Cochens Gumbrecht

Walhalla-Theater
8 Uhr
Die Glocken von Corneville

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Die große
Ergzellenz Mäx

Romödienhaus
3 1/2 Uhr: Die Sache mit Zola
Täglich 8 Uhr
Der lustliche Casanova
Jonny
Busenfreund
Hans Waßmann
Arnold Rieck

Berliner Theater:
3 Uhr: Der letzte Walzer
Täglich 7,30 Uhr

Prinzessin
Olala
Sitzig Maximal u. G.
Walp. Arthur Roberts,
Bepi Jampa, Herb. Kiper

TRIANGEL-THEATER
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mein Freund Zeddo
Sonntag 4 H.: Kleine Pl.
Die Freundin

Thalia-Theater
7 1/2 Die Operette von der ganz Berlin spricht!
Schäm' Dich - Lotte!
Eduard Lichtenstein a. G.
Eben Müller / Vera Brach / Asta Ritter / Fritz Seebauer / Otto Frenzel / Max Lehner

Bis 31. Oktober (außer Sonntag) Sondervergünstigung für die Abonnenten - Gültig für 1-6 Personen

Orchester-Fauteuil 25 M. Parkett 15 M.
Parkett-Fauteuil I 20 - Balkon 10 -
II 15 - (einschl. d. Lustbarkeitssteuer)

Originalkarten 5 Tage im voraus 10-1/2 und ab 6 1/2 Uhr

Apollontheater
Friedrichstraße 21.
Unter persönlicher
Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Aufführungsoberin

Müthnersaal, Montag, 24. Okt., 8 Uhr:
Jüdische und russische Gesänge
Berta
SWERTLIN
Am Klavier: Waldemar Lischowsky
Karten bei Bote & Bock, A. Werth.

SCHAUBURG
Königsplatz Str. 121
Filmschau:
2 Uranführungen 2
Das große Weltstadt-
programm

Die Bettegräber vom
Kurfirstendamm.
Großstadtbild aus
Berlin W in 6 Akten
von H. Ortmann.
In der Hauptrolle
Leo Pory
Regie:
Richard Eichberg.
Bühnenschauspieler
Persönlich aufgetreten
Elizabeth Salzer-
Lichtenschein
als "Zaneria Barke-
rina" in d. Singpiel
"Der König
träumt"
von Eddy Beuk.
Musik v. Hans May.
In den weiteren
Hauptrollen
Gretl Pirko und
Paul Ludwig
Kassenspieler
Beginn 8 Uhr.
Preise: Kammer
oberst gute Plätze

THEATER am NOLLENDORFPLATZ
Letzte Vorstellungen
8 Uhr Täglich: 8 Uhr

Der Vetter aus Dingsda

Sondervergünstigung
Gültig bis 26. Oktober 1921

Parkett statt M. 32.- nur M. 18.-
I. Rang-Balkon statt M. 28.- nur M. 16.-
II. Rang-Balkon statt M. 18.- nur M. 12.-
I. Rang statt M. 25.- nur M. 15.-
II. Rang-Tribüne statt M. 14.- nur M. 10.-
Sonn tags M. 3.- Aufschlag

Ausschneiden!

Kaffee Zielka
Friedrichstr., E. Gips, 57.
Konditorei:
Warme Küche
Biere Weine
4 1/2 Uhr Res. Platz 1 u. 2 M.
7 1/2 Uhr 3, 5 u. 8 M.
Künstlerpersonal
Nach
Theaterschluss
10 1/2 - 1 Uhr
Eintritt frei
Stimmung.

Sport Palast
Das größte Kino der Welt
Friedrichstr. 72 u. Hochbahn-Bühnenstr.
Des großen Erfolges wegen verlängert
Die feine attraktive Film-Operette
Miss Venus
Persönliches Auftreten
am Schluß der Vorstellungen
von **Ada Svedin**
mit Rollenrollen Edith Wolowich
im nur komischen Dignität-Comedian,
hoch in Welt im Publikum

Das japanische Rätsel
Nobody IV. Teil
mit **Seiueker Schäffer**
Sonn tags 7 Uhr 5 und 8 Uhr
Frei Karten aufgehoben

TAUENTZIAN
VARIETE im
TAUENTZIAN
PALAST
Das sensationelle
Oktober-Variete-
Programm!
Beginn 8 Uhr.

Wintermäntel
Die Damen, Herren und Knaben in den Berlin-
lagen 100,-, 175,- und 200,- Mark. Einget-
wickelt wirklich von 8-11 Uhr. Gänder und
Besucher ausmünder Märkte haben haben!

Lois G. m. b. H., Gln. Friedena
Kalenbergstr. 4/5, 5b, g. 2. Stk. / Tel. Nollendorf 1100
Strahlenbahn: F. I. L. O. W. 51, 66, 69.
K. I. n. g. b. u. n. : Wilmersdorf-Friedenau.

Starkerhalt Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

"Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands

mit der regelmäßig einmal erscheinenden

Illustrierten Unterhaltungsbeilage "Bunte Welt"

zum Preise von Mk. 12.- monatlich, Mk. 6.- halbmonatlich

bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Str. _____

Postamt _____

Dieses Bestellschein bitten wie in einer unserer Expeditionen abzugeben

oder an die Hauptexpedition, Vereinf. 62, Breite Str. 88b, einzuwenden.

Circus Busch
Heute Sonntag
3 + 7 1/2
in den Circus Tusch!
16 Circus-Sensationen 16
Besuch. benutzen!

Wien Berlin
14 Variete-
Sensationen
Beginn 7 30 Uhr
Kala Welterweg

LTL
Luisen-Theater
Lichtspiele
Reichenberger Straße 31.
Der müde Tod
von Reginald Denham
mit Lil Dagover, Jansen,
Kistner, Göbel,
Die goldene Spinne
mit Wilhelm Kortelein,
Im ang. u. Suong, 1/4 U.
Neue große Orchester
mit Leitung des bekannt.
Kapellmeisters Bivelli
Mittwochs Sonntag, 1/4 U.
Kindervorstellung

METROPOL
Behrenstraße 44.
8 Uhr
Der unheimlichste
Oktober-Spielplan

Ambra
Variete
am Nollendorfplatz
C. I. y. d. P. h. u.
mit der Musikprogramm
Volkspreise

Kunstgewerbliche Ausbildung

im Schnittzeichnen, Zuschneiden und Modellentwerfen für den Beruf als Zuschneider und Direktrice. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Neue Kurse beginnen zum 1. jeden Monats. Vereinlichtes, zuverlässiges System für normale u. abweichende Körperformen. Die Vorzüge der Lehrmethode sind:

Tadellose, elegante Schnittform!
Einfache Verarbeitungswiese!
Vornehme Linienführung!
Leichteste Schnittausführung!
Präzise Arbeit!

Man erlernt dieses Zuschneidesystem entweder mittels Tages- oder Abendkursus oder durch den Bezug der Lehrbücher für den Selbstunterricht

Lehrbuch für Herrenkleider 100.- Mk.
Lehrbuch für Damenkleidung 60.- Mk.

Illustrierte Lehrprospekte kostenfrei

Privat-Zuschneideschule Friedrich Biallas
Berlin, Leipziger Straße 83

Heine Reliquien
Diese Briefe sind bestimmt
Heinrich Heines
Herausgegeben
von
Maxim. Pfl. u. Heine-Selbsta
und
Gustav Karpelos
mit 5 Bildnissen
und 5 Zeichnungen
Ein 200 Seiten starkes
Ganzleinenband
30.- Mark

Ein halbes „F. G. Heine“
Berlin 62, Breite Straße 1-8

die beweglichsten Eingaben gerichtet, in ihrer Empörung haben die Eltern einen dreiwöchentlichen Schulstreik durchgeführt — alles vergebens. Der Oberstadtschulrat Paulsen, der sich seit Beginn seiner Amtstätigkeit für eine Besserung dieser Verhältnisse eingesetzt hat, findet einen systematischen Widerstand bei der Schuldeputation, die ja noch immer die alte Zusammenfassung der bürgerlichen Mehrheit aufweist. Außerdem hindert eine rasche Regelung dieser unerquicklichen Schulverhältnisse auch der Kreisschulinspektor Günther.

Die Verhandlungen waren bereits soweit gediehen, daß sich der Magistrat mit dem Plan beschäftigte, Baracken zu bauen, in denen man die Erwerbslosenfürsorge aus dem Gebäude der Memeler Schule hätte unterbringen können. Der Kammerer Rading hatte selbst die Schule besichtigt und die Verhältnisse für unhaltbar erklärt. Aber alles fortschrittliche Streben scheitert an dem Widerstande der Verwaltungsbureaucratie. Jetzt geht die vorgehende reaktionäre Schulbehörde sogar so weit, den Lehrern zu verbieten, den Kindern, die von ihren Eltern in der nächsten Woche bereits am Montag zur Schule geschickt werden sollten, um endlich einmal mehr Unterricht als an drei Tagen zu erhalten, zu verbieten, Unterricht zu erteilen.

Die Zusammenziehung der neuen Stadtverordnetenversammlung muß so werden, daß endlich die Schuldeputation eine sozialistische Mehrheit erhält, damit die Bestrebungen des Oberstadtschulrats Paulsen und der sozialistischen Schuldeputierten nicht sabotiert, sondern sinngemäß durchgeführt werden. Dazu kann jeder beitragen der am 16. Oktober seine Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie gibt.

Die Wahlhandlung

1. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.
2. Wahlberechtigt sind alle am Wahltag über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die an diesem Tage seit einem Jahr ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde Berlin haben.
3. Ferner auch ohne einjährige Unfähigkeitzeit die rentenempfangenden Kriegsbeschädigten, die Flüchtlinge aus den verlorenen oder besetzten Gebieten und die heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen.
4. Jeder Wähler muß sein Wahlrecht in dem zuständigen Wahllokal ausüben. Das Wahllokal ist zu erfahren beim Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Straße 44-45, oder an allen Anschlagtafeln zu ersehen.
5. Einen Wahlschein, der zur Wahl in einem beliebigen Wahllokal berechtigt, erhalten nur Personen, die nach dem 22. September ihre Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt haben, wenn sie infolge Gebrechens, eines günstiger gelegeneren Wohnraums aufsuchen wollen, ferner die nach dem 22. September zugezogenen Kriegsbeschädigten, Flüchtlinge und heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen. Den Wahlschein erteilt das zuständige Bezirksamt.
6. Für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen ist nur ein Stimmzettel abzugeben, der für beide Wahlen gilt. Der Stimmzettel darf kein Kennzeichen haben.
7. Jeder Wähler achtet darauf, daß er den vorschriftsmäßigen Stimmzettel der Unabhängigen Sozialdemokratie abgibt.

Zentralwahllokale der Distrikte

- Zentralbureau: Breite Str. 8-9, Hof, Ausgang 1. Telefon Zentr. 152 30—39.
1. Distrikt: Stallreiberstr. 47 (Tel. Npl. 111 45).
 2. Distrikt: Hammel, Sophienstr. 5 (Nord. 733).
 3. Distrikt: Dams, Schlegelstr. 9 (Nord. 12 97).
 4. Distrikt: Kroll, Bülowstr. 55 (Kurfürst 99 91).
 5. Distrikt: Kaiser, Gorkowskistr. 34 (Moab. 542).
 6. Distrikt: 1. u. 2. Abt. Wehner, Watzstr. 4 (Humb. 15 94).
 7. Distrikt: Klinge, Sellenstr. 14 (Moab. 90 45).
 8. Distrikt: Kroll, Urtreter Str. 21 (Moab. 279).
 9. Distrikt: Ernst, Bellemannstr. 2-3 (Humb. 22 63).
 10. Distrikt: Scheibe, Volkowstr. 2 (Alex. 35 15).
 11. Distrikt: Willi Hoffmann, Lydener Str. 8 (Humb. 24 13).
 12. Distrikt: Rietz, Gleimstr. 56 (Humb. 44 25).
 13. Distrikt: Rüdiger, Schwedter Str. 259 (Humb. 97).
 14. Distrikt: Gallas, Barnimstr. 20 (Alex. 39 47).
 15. Distrikt: Rüdiger, Wriezener Str. 17 (Kgl. 29 60).
 16. Distrikt: Weichus, Petersburger Str. 5 (Alex. 22 43).
 17. Distrikt: Schweikardt, Alte Jakobstr. 23-24 (Npl. 153 13).
 18. Distrikt: Krüger, Grimmstr. 1 (Npl. 127 02).
 19. Distrikt: Siebenkopf, Mustauer Str. 35 (Npl. 34 31).
 7. Verm.-Bez. Charlottenburg: Grütner, Völkowstr. 8 (Wltg. 6188).
 8. Verm.-Bez. Spandau: Zum Afrkaner, Spd., Fischerstraße (Tel. 527 Meier).
 9. Verm.-Bez. Wilmersdorf-Schwargendorf-Grünwald: Kulla, Wilmersd., Lauenburger Straße 22 (Wltg. 1120).
 11. Verm.-Bez. Schöneberg-Friedenau: Baum, Apostel-Paulus-Straße 33 (Stefan 120).
 11. Verm.-Bez. Friedenau: Klabe, Handjersstr. 60-61. (Alle Genossen und Genossinnen, die helfen wollen, treffen sich dort.)
 12. Verm.-Bez. Steglitz: Behne, Hersestr. 2 (Stegl. 181).
 - Wichterfelde: Wenzl, Hindenburgdamm 55 (Wichterf. 891).
 - Rankow: Wille, Kaiser-Wilhelm-Str. 46 (Wichterf. 13 80, Nebenanschl.).
 - Süden: Strelau, Wichterfelder Str. 21 (Südring 778).
 13. Verm.-Bez. Tempelhof: Reumeyer, Mariendorfer, Schöneberger Straße 68 (Südring 11 53).
 14. Verm.-Bez. Neukölln: Stahmann, Münchener Str. 42 (Neuf. 1962).

15. Verm.-Bez. Treptow: Niederschöneweide, Briher, Straße 17 (Tel. Oberf. 156).
 16. Verm.-Bez. Cöpenick: Reed, Cöpenick, Borgmannstr. 5.
 17. Verm.-Bez. Nichtenberg: Seipke, Kronprinzenstr. (Kgl. 851).
 19. Verm.-Bez. Pantow: Vater, Pantow, Mühlenstr. 12 (Pant. 1085).
 20. Verm.-Bez. Reinickendorf: Veder, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 130 (Radb. 1154).
- Karlshorst: bei Buchholz, Ecke Tresowallee u. Dönhofsstraße.

Wahlhilfe

Alle überschüssigen Hilfskräfte aus den Distrikten melden sich im Zentralwahlbureau, Breite Str. 8, 9.

Genossen und Genossinnen, denkt an diejenigen, die in den Außenbezirken fünf und mehr Stunden stehen müssen, schafft einen Ausgleich zwischen Arbeit und Arbeitskräften!

Radfahrer-Wahlhilfe

Das Zentrallokal der vom Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“ gestellten Radfahrer zur Wahlhilfe befindet sich Rungestr. 7 bei Scheel (Moritzplatz 4472). Anforderungen von Radfahrern sind ausschließlich dorthin zu richten.

Mitteilung der Wahlergebnisse

Wir ersuchen, die Wahlergebnisse in 2 Exemplaren am Sonntag sofort, möglichst durch Radfahrer, dem Zentral-Wahlbureau des Bezirksverbandes Berlin, Breite Straße 8, 9, Hof, 1. Ausgang, 1 Treppe, zu übermitteln. Die Geschäftsleitung.

Einen Schritt vorwärts

Von Richard Lipinski
Sächsischer Minister des Innern.

Unter der Führung unseres Genossen Lipinski wird der Freirecht Sachverhalt als erster die Reform der Gemeindeverwaltung durchzuführen. Ein Gemeindegewalt hat sich mit dem von ihm vorgelegten Entwurf beschäftigt und ihn mit überwiegender Mehrheit als die geeignete Grundlage für weitere Beratungen erklärt. Wir veröffentlichen den nachfolgenden Entwurf des Genossen Lipinski, der das Werden seines Vorstoßes sowie seine Bedeutung erkennen läßt um so lieber, da auch er erkennen läßt, welche großen Aufgaben auf diesem Gebiet auch in Preußen noch bevorstehen.

Der sächsische Gemeindegewalt, der zwei Drittel der sächsischen Bevölkerung verlor, hat auf seiner Chemnitzer Tagung den Vorentwurf einer Gemeindeverfassung als eine geeignete Grundlage für einen Gesetzentwurf erklärt und die Dringlichkeit der Gemeindeverfassung anerkannt. Der Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt und bedeutet eine moralische Stärkung der Regierung. Diese politische Wirkung des Beschlusses kann man nur voll würdigen, wenn man den Werdegang der sächsischen Gemeindeverfassung verfolgt.

Die bestehende Gemeindeverfassung entstammt einer Zeit, in der das liberale Bürgertum zur politischen Macht gelangt war. Die ersten Beschlüsse des Landtages wurden 1809 gefaßt und das Gesetz selbst 1873 vollendet. Zugleich mit der Gemeindeverfassung wurde das Bezirksverordnungsrecht und das Gesetz über die Organisation der Behörden verabschiedet. So bestanden in Sachsen verschiedene Arten von Gemeinden mit besonderen Verfassungen. Die kleinen Landgemeinden ohne Gemeinderat, die Landgemeinden, die großen Landgemeinden, die mittleren und kleinen Städte mit der Gemeinderatsverfassung und die Städte mit revidierter Städteordnung und Ratverfassung und unter diesen wieder eine Anzahl exzempter (von Steuern befreite Gemeindefürstentümer) Städte. Die Landgemeinden und nicht exzempten Städte werden waren zu Bezirksverordnungsbehörden zwangslos vereinigt. Im Laufe der Zeit, namentlich als die Arbeiterbewegung in den Gemeinderat fanden, wurde das Gemeindegewalt verabschiedet. In Erinnerung ist noch das Klassenwahlrecht und die Aufstellung der unangelegenen Wähler in den Landgemeinden bis zu acht Wählerklassen. Wenn auch im Laufe der Zeit der Entwicklung einige Konzeptionen gemacht werden mochten, hierzu gehört, daß den größeren Landgemeinden größere Selbstständigkeit eingeräumt, das Gemeindeverordnungsrecht geschaffen wurde, so wurde doch die Vielgestaltigkeit der Gemeindeverfassung, die autoritative Aufsicht schwer empfunden, zumal Sachsen mit Rücksicht dem reinen Industriestaat näherkam. So dringlich eine Gemeindeverfassung empfunden wurde, so blieb die Gemeindeverfassung, insbesondere das Gemeindegewalt, fast unberührt.

Dann kam der Novembersturm 1918 und alles all die Klassenwahlrechte in Stadt und Land hinweg, räumte mit den Bürgerverordnungen auf und gab allen Einwohnern vom 20. Lebensjahre an das gleiche Wahlrecht. Damit war nur ein Teil der Hemmnisse beseitigt, notwendig blieb die Gemeindeverfassung. So notwendig ich als Vollsbeauftragter die Reform der Gemeindeverfassung anerkannte, so wenig verkannte ich, daß eine solche Reform nicht durch schnell hingeworfene Bestimmungen gelöst werden konnte, sondern daß sie unter Würdigung der Entwicklung organisch aufzubauen werden müsse. Auf dem Gemeindegewalt ist in bezug auf die Organisation der Finanzämter durch Erberger von einem blutigen Dilettantismus gesprochen worden, und der jubelnde Beifall galt wohl auch dem Vorentwurf der Gemeindeverfassung. Mit Unrecht. Die Mitglieder des Gemeindegewalt, die diesen Schluß gezogen haben, übersehen den Werdegang der Gemeindeverfassung in Sachsen. Seit der Revolution ist nichts zerstört worden, für das nicht Ersatz vorhanden war. Als durch die Verordnung vom 28. November 1918 die Gemeindeverfassung aufgestellt wurden, blieben die Gemeindeverwaltungen bestehen. Und als die Gemeinderatswahlen vollzogen waren, wurde erst die Verwaltung der Gemeinden umgestellt.

Dann wechselten die Männer in der Regierung. Die durch die Umwälzung entstandenen Aufgaben fürchten sich, der Widerstand gegen eine Gemeindeverfassung wuchs, und so suchte man auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindeverfassung zu erforschen. Fragebogen gingen ins Land und kamen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurde das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlage dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, wußte mit ihr aber nicht allzuviel anzufangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod der Volkskammer sie begrub.

Dann kam im Dezember 1920 der Regierungswechsel, und die neue Regierung stand vor der Frage, ob sie die Denkschrift dem Landtage vorlegen sollte. Sie entschied sich, das nicht zu tun, sondern kündete an, daß für die Gemeindeverfassung eine Gesetzesvorlage dem Landtage zugehen würde.

Das Versprechen war nicht leicht auszuführen. Durch die Umstellung der Steuererhebung blieben die Steuern unerhoben, und die Gemeinden kamen in finanzielle Schwierigkeiten. In der Zeit, in der die Regierung den Gemeinden die freieste Selbstverwaltung geben wollte, wurde sie als Aufsichtsorgan gerade von den Gemeinden mit Anforderungen bestürmt. Dem Gedanken der Reform, namentlich aber der Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften, stellten sich erhebliche Widerstände entgegen. So entschloß sich das Ministerium des Innern, zunächst das Gemeindegewalt gesetzlich neu zu regeln. Im Februar wurde dann der Auftrag gegeben, einen Entwurf für die Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Die Lösung wurde nicht befriedigend gefunden, namentlich blieben die Amtshauptmannschaften völlig unberührt. Das Gemeindegewalt wurde dem Landtage vorgelegt, aber von diesem zurückgestellt bis zur Erledigung der Gemeindeverfassung.

Nun griff ich die Gedanken des Schriftstellers Fischer auf und gab ihm den Auftrag, einen Entwurf auszuarbeiten, der folgerichtig die Selbstverwaltung der Gemeinde auf breiterer Grundlage aufbaute, die Bürgermeisterversammlung vorschlug, also das Zweikammernsystem beibehielt und die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften erstrebte. Der Entwurf entstand. Er führte das Prinzip der Selbstverwaltung durch und deutete einige offene Fragen, so die Gemeindeverbände und die Beseitigung der Amtshauptmannschaften, nur an.

Es ist verfehlt, den Vorentwurf auf seine juristische Formulierung hin zu kritisieren. Sein Belang ist der einheitliche Aufbau der Gemeindeverfassung, die folgerichtige Durcharbeitung des Prinzips der Selbstverwaltung und das mit seiner Verwirklichung aus der theoretischen Erörterung zur praktischen Durchführung der Gemeindeverfassung geschritten wurde. Scheidet man die juristische Erörterung aus und hält sich an das Prinzip, so ergab der Gemeindegewalt ein überraschendes Resultat.

Der Vorstand wollte die Reform hinauschieben, er wollte eine Studienkommission eingesetzt wissen, die sich wieder mit der vom Reichstagsabgeordneten eingehenden Studienkommission in Verbindung setzen sollte. Die Gemeindegesetzgebung ist immer ein Privileg der Einzelstaaten gewesen. Deshalb bestehen allein in Preußen mehrere Gemeindeverfassungen, die nach der wirtschaftlichen Struktur der Provinzen völlig verschieden sind. Dazu kommen die Gemeindeverfassungen der anderen Länder. Sie alle zu studieren, das Beste davon auszuwählen oder gar auf das Reichsgemeindegesetz zu warten, ließ die Reform für Sachsen auf Jahre hinauschieben.

Und nun treten die Referenten auf. Einer nach dem anderen erklärte, daß im Prinzip der Vorentwurf eine geeignete Grundlage für eine Gesetzesvorlage sei. Selbst die beladeten Ratsmitglieder erklärten zwar ihre Bedenken wegen der Gefährdung ihrer Stellung, erklärten sich aber für die Reform und ließen durch ihren Redner verkünden, daß sie sich auch zur Verhängung stellen würden, wenn die lebensfähige Anleihe folgen würde. War so schon Klarheit für die Gemeindeverfassung geschaffen, so wurde die Erörterung der Bezirksverbände für die Katastrophe. Der erste Berichterstatter, der zur Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften Stellung nahm, bekannte, daß er erst Gegner der Kommunalisierung gewesen sei, daß er aber durch das Studium der Frage zur gegenteiligen Auffassung gekommen sei; er bejahte die Notwendigkeit. Der zweite Berichterstatter, Gemeindevorstand Kleinempel, sprach über die Bezirksverbände den Stab. Trotz ihres fast 50jährigen Bestehens seien sie nie habenständig geworden, hätten sich nie eingebürgert. Er trat für ihre Beseitigung und den Ausbau der Gemeindeverbände ein. Die Vertreter der Landgemeinden hatten zuvor gegen zwei Stimmen sich für die Reform erklärt.

Der Gemeindegewalt lehnte die Studienkommission als verfrühter Verschleppung ab. Wenn auch die Regierung die Resultate einer solchen Studienkommission nicht abzuwarten brauchte, so wäre ein solcher Beschluß doch eine gewisse Hemmung der Reform gewesen. Der Gemeindegewalt erkannte den Vorentwurf als geeignete Grundlage für einen Gesetzentwurf an und erkannte die Dringlichkeit der Gemeindeverfassung an. Damit lehnte er die autoritative Verwaltungsform ab, forderte die konsequente Durchführung der freien Selbstverwaltung für alle Gemeinden und Bezirke und bekannte seinen Willen zur Gemeinschaftsarbeit in Gemeinde und Staat. Dadurch gewinnt der Beschluß des Gemeindegewalt an politischer Bedeutung und wirkt für eine Stärkung der Regierungspolitik.

Nun gilt es, die Einwände zu prüfen, die sachlichen zu verarbeiten, den Rohbau zu vollenden, die Sachkundigen zur Überprüfung heranzuziehen und dann den so ausgetheilten Entwurf dem Landtage zu unterbreiten. Wenn guter Wille vorhanden ist, wird studiert und gut gearbeitet wird, alle Faktoren zusammenwirken, dann kann die Gemeindeverfassung im Sommer 1922 vollendet sein.

Noch
ist es
Zeit
billig zu kaufen

Damen - Halbschuhe
Boxk. u. andere Lederart. n. Spango, K. T. zum Schnürren 98 00

Damen - Halbschuhe
braun und schwarz, zum Schnüren od. mit Spange, n. T. echt Chevreau. Extra billig 128 50

Damen - Halbschuhe
echt br. Chev. Oxford, mod. Laeben u. Stoppanschnür. Goodyear-Welt-Ausführung 135 00

Damen - Schnürstiefel
echt Boxk. u. Rindb., mit und ohne Laekappe. Sehr billig 135 00

Damen - Schnürstiefel
La Rindb., Derbyschnitt, halbhohes Absatz, Größe 35-39 148 50

Damen - Halbschuhe
prima echt Chevreau, sehr moderne spitzo. und halbrunde Form, eleganter Absatz 168 50

Damen - Schnürstiefel
La Boxk., kurze mod. Form, n. amerik. Absatz, Derbyschnitt. 175 00

Damen - Lockschuhe
n. Schnüren oder mit Spange, mod. kurze Formen, mit eleg. Absatz. Anwesenheit preiswert 195 00

Damen - Schnürstiefel
La Boxkalf, kurze moderne Form, Derbyschnitt, Origin. Goodyear-Welt-Ausführung 195 00

Damen - Schnürstiefel
echt Chev. n. ohne Laek., neueste Form mit hob. Schaft 225 00

Damen - Halbschuhe
La Lockk., neueste spitzo. auch halbrunde Formen, eleg. Abs. 235 00

Damen - Schnürstiefel
La Chev. - Box, Laek., hoher Schaft, eleg. amerikanischer Abs., Orig. - Goodyear - Welt 265 00

Knaben - Schnürstiefel
Kindb. u. R. - Chev., br. Form, dauerhafter Strassenschnür 148 00

Norren - Schnürstiefel
La Chev. n. mit Laekappe, Besatz und Derbyschnitt, La Qualität. Anwesenheit billig 175 00

Norren - Schnürstiefel
prima Rindb., Derby- und Besatzschnitt, eleg. moderne Formen. Anwesenheit preisw. 195 00

Norren - Schnürstiefel
La Rindb., mit Doppels., mod. Form, kräft. Strassenschnür 225 00

Norren - Schnürstiefel
La Boxk. und Chev., neueste Form, erwikl. Fabrikat 265 00

Herrn - Schnürstiefel
prima Chev. n. Boxkalf, in viel. neuen Formen u. Ausführungen. Sehr preiswert 285 00

Stiller

Auf, auf, ihr Arbeitsmänner . . .

Der 11. Distrikt demonstriert. — Mit roten Fahnen im Zug, dem eine Musikkapelle voranmarschierte, zogen am gestrigen Sonntagabend die Genossinnen und Genossen, alt und jung durch die Straßen des 4. Verwaltungs-Bezirks. Und wie dieser Abspaziergang unserer Unentwegten wirkte. Die Fenster slogen auf, die Hausfrauen, die beim Einholen waren, kamen aus den Läden heraus, hörten die Arbeiterlieder, sahen die roten Fahnen und wurden durch Plakate daran erinnert, daß heute Wahl ist, daß kein Arbeiter, ob Mann oder Frau, an der Urne fehlen darf. Alles, was im Hungerlohn steht, alle, alle müssen wählen. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Berlin muß rot bleiben.

Vorn an der Spitze des Zuges, bei der „Musik“, da war das Jungvolk. Wie sie alle die Arbeiterlieder kennen, und wie sie alle mitsingen, es war eine Freude. Hörte die Musikkapelle auf zu spielen, und das Lied hatte noch einige Verse, sie sangen weiter, so auch das Lied vom Arbeitsmann, das Lied des Proletariats. Und wie eine letzte Mahnung klang es zwischen den Ritzzeichnungen der Choriner Straße: „Auf, auf, ihr Arbeitsmänner, auf, Proletariat!“ Diesen Mahn- und Kampfruf zugleich, möchte man allen Arbeitenden ins Ohr schreien mit dem Zufug:

Alle an die Urne, jede Arbeiterstimme der U.S.P.

Auch in anderen Verwaltungsbezirken fanden ähnliche Demonstrationsumzüge unserer Genossen statt. Die Beteiligung war überall außerordentlich gut. Im Osten und Norden der Stadt haben unsere Genossen diesmal auch die Illumination in den Dienst der Wahlreflexe gestellt. Bei Einbruch der Dunkelheit leuchteten in den betreffenden Gegenden von Fenstern und Balkons herab große Transparenzen, die zur Wahl für unsere Partei aufforderten. Der Zweck der Umzüge, die Arbeiterchaft Berlins nochmals in letzter Stunde auf die Wichtigkeit der Wahl hinzuweisen, ist erreicht worden; wir dürfen hoffen, daß die arbeitende Bevölkerung restlos zur Wahl geht und der U.S.P. zum Siege verhilft.

Ein Hereinfall der „Unpolitischen“

Eine ungewollte Demonstration für die weltliche Schule fand am Mittwochabend im großen Saal der „Neuen Welt“ statt. Die politisch unchristlichen Elternbeiräte hatten heimlich eine Protestversammlung gegen einige Maßnahmen der örtlichen Schulverwaltung in bezug auf die weltliche Schule einberufen und unsere Parteigenossen waren im Verein mit der S.P.D. und der R.P.D. in großen Massen dem Rufe gefolgt. Die Redner konnten sich den Massen nicht verständlich machen, so daß der Vorsitzende die Versammlung nach einständiger Dauer schließen mußte. Die Sipo, die zur Ruheführung geholt wurde, lehnte verständigerweise jedes Einschreiten ab. Unter Abhängen der Internationale und Hochrufen auf die weltliche Schule verließen unsere Genossen den Saal. Bezeichnend für den Charakter der Veranstaltung war, daß vor dem Eingang jedem Besucher einige deutschnationale Stimmzettel in die Hand gedrückt wurden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet über diese Versammlung in ihrer Sonnabendausgabe. Schamhaft wird dabei dieser Hereinfall der „Unpolitischen“ verschwiegen. Man stellt die Versammlung als einen Erfolg dar, weil der größte Saal Berlins bis auf den letzten Platz besetzt war. Man hat nur vergessen hinzuzufügen, daß Vierünftel der Versammlungsbesucher Gegner der Einberufung waren, die auf Veranlassung der drei sozialistischen Parteien an dieser teilgenommen haben.

Eine erledigte Wahlfrage

Der Ausschuss für das Wohnungswesen teilt mit: In der Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Angestellten des Wohnungsamtes Kaeslath und in Pressenotizen, welche sich an diesen Prozeß knüpfen, hat der Direktor des Berliner Wohnungsamtes, Dr. de Laporte, erklärt, daß die Entlassung ungetreuer Angestellten des Wohnungsamtes durch den angeblich bürokratisch erschwerten Weg über das Zentralamt für das Wohnungswesen verzögert aber gar unmöglich gemacht wird. Demgegenüber ist festzustellen, daß schon infolge der engen räumlichen Verbindung des Zentralamts für Wohnungswesen mit dem Hauptwohnungsamt von irgendwelchen Erschwernissen nicht die Rede sein kann. Wie aber weiter festgestellt werden konnte, ist dem Leiter des Zentralamts für Wohnungswesen sowohl als auch dem Personaldezernenten für die technischen Angestellten im Hauptwohnungsamt selbst kein einziger Fall bekannt, in dem der Direktor Dr. de Laporte einen Antrag auf Entfernung eines ungetreuen Beamten oder Angestellten gestellt hätte. Im übrigen ist in diesem Zusammenhange zu erklären, daß durch den Be-

triebsrat dem Leiter des Zentralamts für Wohnungswesen bei Entfernung von Angestellten, die einer Unregelmäßigkeit überführt worden waren, irgendwelche Schwierigkeiten nicht bereitet worden sind.

Mafregelung bei der Schupo

Wir berichteten über den Hungerstreik bei der Schupo anlässlich Herausziehung der Kosten des Verpflegungslages. Dieser Hungerstreik hat bei der Polizeibehörde in Zempelhof, erste Hundertschaft, zur Mafregelung eines Hauptwachmeisters geführt.

Dieser Hauptwachmeister hatte das furchtbare Verbrechen begangen, seine Kameraden auf Befragen davon in Kenntnis zu setzen, daß auch bei anderen Polizeibehörden die Essenannahme verweigert wird. Durch die bei der Schupo zahlreich vorhandenen Spiegel wurde dies dem Kommandeur, Major Seeger, hinterbracht, der darauf dem Oberwachmeister wegen Verletzung seiner Kameraden die Entlassung androhte.

Als dann am Tage darauf der Oberwachmeister auf Veranlassung seiner Organisation den Kameraden den Vorfalle mitteilte und die anderen Beamten darüber so empört waren, daß sie dem auch anwesenden Major Preuß anstatt des Saales verweisen, erfolgte eine Vernehmung des Oberwachmeisters, die damit endete, daß Major Preuß den in Frage kommenden Oberwachmeister wegen Ueberschreitung sofort entließ, und weiter verfuhr, daß derselbe die Kaserne nicht mehr betreten dürfe. Bei Betreten der Kaserne sei dieser sofort zu verhaften.

Dieser Vorfalle kennzeichnet am besten die Verhältnisse bei der Schupo. Niedriges Denunziantenwesen ermöglicht den monarchistischen Offizieren ihr unsauberes Treiben. Die sich in letzter Zeit durch die Umstände stärker entwickelnde Solidarität der Beamten soll unter allen Umständen beseitigt werden, damit die Beamten um so willfährigere Werkzeuge in den Händen der Offiziere bleiben. Aber die Beamten haben langsam dieses Räuber erkannt; sie wissen, daß sie ihre Aufgabe als Schutzpolizei nur in enger Anlehnung an die Arbeiterchaft erfüllen können und nicht mit ihren Vorgesetzten. Es ist nicht zu zweifeln, daß schon am Sonntag, den 16. Oktober, bei der Stadtparordnetenwahl eine große Anzahl Schupo-beamten ihre Stimme der U.S.P.D. geben. Die Schupo-beamten sind gewillt, den militarischen Geist in ihrem Kreise auszuwischen. Dabei finden sie nur die Unterstützung der Arbeiterchaft. Ist diese Erkenntnis erstmal Allgemeingut der Beamten, dann wird der Weg frei für ein gedeihliches Zusammenarbeiten.

Noch eine Tagung der alten Stadtverordnetenversammlung

Die einmündige Stadtverordneten-Versammlung tritt am nächsten Donnerstag nochmals zusammen. Die Tagesordnung für diese Sitzung ist abermals sehr umfangreich. Falls die Tagesordnung nicht erledigt wird, kann noch eine Sitzung vor dem Zusammentritt der neuen Versammlung, stattfinden. Vermutlich wird der Oberbürgermeister die neugewählten Stadtverordneten zur ersten Sitzung am 10. November einberufen, nachdem das Wahlbureau mit den erforderlichen Feststellungen fertig geworden ist. Eine frühere Einberufung der neuen Stadtverordneten-Versammlung ist kaum möglich.

Budow. Während des Wahlkampfes fanden der Budower Arbeiterchaft Säle zur Abhaltung von Versammlungen nicht zur Verfügung. Die Saalbesitzer verweigern besonders unseren Genossen die Säle, so daß sie gezwungen sind, die weniger geeigneten Räume der Turnhallen zu benutzen. Deutschnationale und andere dagegen können sich ungehindert austoben, und sie tun es auch. Die Budower Gastwirte und Saalbesitzer, die sich während des Krieges und auch nachher auf Kosten der Arbeiter aus ihrer „schwierigen wirtschaftlichen Lage“ befreit haben, können sich jetzt freilich eine solche Brüstung der Arbeiterchaft erlauben. Vergessen darf das aber nicht werden! Nach den Wahlen werden sich die Arbeiter Budows und darüber hinaus über diesen Fall noch zu unterhalten haben.

In Neutölln stehen am Sonntag Arbeiterjamariter zum Tragen. Kranke in das Wahllokal zur Verfügung. Anmeldungen sind möglichst frühzeitig zu machen im Lokal von Bengs, Hermannstraße 201, Telefon Neutölln 865, und im „Deutschen Wirtschaftshaus“, Bergstr. 137.

Der neue Gaspreis von 1,75 Mark pro Kubikmeter, den die Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober gegen den Einspruch unserer Partei beschlossen hat, tritt von der Standaufnahme im Oktober ab in Kraft. Der erhöhte Preis gilt für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke.

Brotkassen mit dem Stichwort Leineweber Ulster be-rechtigen zur Brotentnahme in der Woche vom 17.—23. Oktober.

Wenn man Idealist ist . . .

Als Raubmordversuch wurde seinerzeit der Ueberfall angesehen, der am 18. Mai dieses Jahres in dem Hause Wartenbergstraße 13 auf den dort wohnenden Kaufmann und Juwelier Guschke nächstlicherweilte ausgeführt worden ist. Die Sache kam Dienstag in einer Verhandlung zum Abschluß, die sich gegen den Kaufmann und ehemaligen Offizier Hans Tannenläufer wegen Anstiftung zum schweren Diebstahl richtete.

Der Angeklagte ist ein abenteuerlich veranlagter Mann, der behauptet, daß die Tat, bei der er sich als Anstifter beteiligt hat, auf „idealistische Motive“ zurückzuführen sei. Der Juwelier Guschke lebt mit seiner Ehefrau, die er vor Jahresfrist geheiratet hatte, in unglücklicher Ehe, die auf Betreiben des Ehemannes geschieden werden soll. Der Angeklagte interessierte sich für das Schicksal der Frau, die ihm ihre ehelichen Mißbegünstigungen schilderte. Der Angeklagte will aus Mißgefühl für die Frau den Plan gefaßt haben, aus der Wohnung Guschkes während der Nacht Papiere, die in der Ehescheidungsfrage für die Frau von Wichtigkeit sind, zu rauben, wobei eine Betäubung des Herrn Guschke in Erwägung gezogen wurde. Tannenläufer besprach die Sache mit seinem Bruder Arthur, und dieser erklärte sich bereit, ihm bei der Durchführung des Planes behilflich zu sein und zwei Leute ausfindig zu machen, die sich dazu hergeben würden, den notwendigen nächtlichen Ueberfall auf Guschke mit auszuführen. Die Leute wurden auch in einer Kaskemme gefunden und der Plan wurde mit ihnen genau besprochen. Einer der Angeworbenen teilte jedoch der Polizei den Plan mit. Diese legte einige Beamte in die Wohnung und nach Verabredung legte sich Guschke die Nacht, in der die Tat ausgeführt werden sollte, ins Bett. Kurz vor 12 Uhr erschien der Angeklagte mit den drei anderen vor dem Hause, einer öffnete das Haus mit einem Dietrich und die drei verschwand in das Innere, während der Angeklagte vor der Tür auf und ab ging. Nach Öffnung der Wohnungstür drangen die drei Männer in das Schlafzimmer, als aber der eine auf den anscheinend schlafenden Guschke zu und ihn betäubend wolle, sprangen die Beamten hervor. Der Bruder des Angeklagten wollte einen Revolver abfeuern, erhielt aber in dem kurzen Feuerkampf selbst einen Schuß, der ihn tötete. Der Angeklagte wurde nach Abschluß dieser aufregenden Szene auf der Straße festgenommen. — Das Gericht bewertete die Tat als eine sehr schwere, mindestens an schweren Raub grenzende und konnte sich nicht davon überzeugen, daß der Angeklagte ein solcher „Idealist“ ist, als den er sich hinstellen wollte. Während der Staatsanwaltschaft ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt hatte, erkannte das Gericht auf zwei Jahre, vier Monate Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten auf die Untersuchungshaft.

Der verräterische Kuß

Eine unter ungewöhnlichen Umständen erstattete Anzeige führte die Schneiderin Lucie Bransch wegen Diebstahls in strafverschärfendem Rückfall vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte hatte mit einem Ingenieur B. verschiedene Weinstuben besucht und ihn dann in ein Pensionat begleitet. Während sie dort, auf dem Sofa sitzend, zärtliche Worte tauschten, entwendete die B., die wegen ähnlicher Diebstähle schon mehrfach vorbestraft ist, ihrem Verehrer zwei hundert Mark Scheine und steckte sie sich unbemerkt in den Mund. Als der Bestohlene ihr gleich darauf einen Kuß geben wollte, fühlte er zwischen ihren Lippen das verräterische Papier. Die Angeklagte hat ihn sichtlich um Verzeihung, es folgte auch eine rührende Veröhnungsszene. Bei Tageslicht bekam aber die Sache in den Augen des inzwischen ernüchterten Liebhabers ein anderes Aussehen, und er brachte die Angeklagte zur Polizei. Vor Gericht sprach Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus dem Zeugen B. kein Befremden über sein Verhalten aus, welches in gewissem Sinne an die Methoden des Ritters Blaubart (1) erinnere, der seine Frauen erst geliebt und dann hingerichtet habe. Das Gericht ließ auch trotz der Vorstrafen der Angeklagten größte Milde walten, erkannte auf vier Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und gewährte der Angeklagten im Hinblick auf ihre aufrichtige Reue auch noch die bedingte Vergnadigung.

Der Raubmord bei Chorinchen. Auf einem einsamen Waldweg zwischen Chorinchen und Senftenhütte wurde, wie seinerzeit berichtet, am 23. August der Holzhändler Seefeldt aus Senftenhütte erschossen und beraubt. Es gelang nunmehr festzustellen, daß die Gefügten gleich nach der Tat nach Berlin gefahren waren. Hier hatten die Mörder die Beute, mehrere Tausend Mark bares Geld, geteilt, und es erhielt der eine zunächst nur die Uhr. Er nahm die Uhr und bot sie in Templin einem Uhrmacher zum Kauf an. Er ließ sie aber im Stich, als er merkte,

Volksbekleidungs V.B.G. Gesellschaft m. b. H.

BERLIN N 24 * FRIEDRICHSTRASSE NR 110-112 * Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung * Gegenüber der Karlstraße * Kein Laden / Geöffnet von 8 1/2 bis 6 1/2 Uhr

Keine Teuerung empfinden die vielen Tausende Keine Teuerung

die ihren Bedarf an einfachsten bis elegantesten

Bekleidungsstücken, Stoffen u. Wäsche

Damen-Mäntel

aus Eskimo, Affenhaut, Flausch und flauschartigen Stoffen, reich garniert Mk. 795.—, 725.—, 275.—

195.—

bei der **V.B.G.** decken.

Hemdentuch . . . per Meter Mk. **9,75**

Wird nur in beschränkten Mengen abgegeben

Knaben-Anzüge / Backfisch-Mäntel Herren- und Damen-Wäsche aller Art

Herren-Schlüpfer

in weiten Formen aus Flausch und neuzeitig gemusterten Cheviots, mit engwebtem Futter Mk. 1400.—, 1000.— 750.—

395.—

Jeden Mittwoch billiger Resteverkauf

Einkauf in den Vormittagsstunden empfehlenswert

daß der Uhrmacher Verdacht schöpfte. Wie sich jetzt herausstellte, war es die Uhr des Ermordeten, und so erhielt die Kriminalpolizei eine neue Spur. Diese führte nach Fürstberg i. M., wo der Gesuchte einen Anzug des Ermordeten verkaufen wollte. Dabei wurde er verhaftet und nach Berlin gebracht. Es handelt sich um den Arbeiter Richard Löwe aus Berlin, der mit einem gewissen Reinhold Krebs auf den Landstrafen in der Umgebung Berlins ihre Opfer suchte. Bei seiner Vernehmung war Löwe auch geständig, das Verbrechen mit Krebs ausgeführt zu haben. Beide haben dem Holzhändler auf einem Waldwege aufgelauert, ihn erschossen und dann ausgeplündert. Die Ermittlungen nach Krebs haben auch zu dessen Verhaftung geführt.

Verloren wurde gestern eine Geldbörse mit Inhalt in der Brandenburgerstraße der Arbeiter in der Gewerkschaftshaus. Abgegeben im Verbandsbureau der Holzarbeiter.

Verloren. Am 14. Oktober 1921 ist in der Straßenbahn, Linie 25, morgens, erster Wagen, in der Richtung nach Tegel, ein Karton verlorengegangen mit folgendem Inhalt: Verbandsmarken und Abrechnungsbücher, Betriebsfondmarken, Taschenrechner der U. S. F. D., Militärpaß und 125 M. bares Geld. Der Finder wird gebeten, da der Berliner erziehlich ist, obiges an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin N 24, Johannistr. 14/15, abzuliefern.

Der Führer „Ludo“ ist dem Kriegsblinden Gustav Burmeister am 12. Oktober 1921 vormittags von seiner Wohnung Staliner Straße 26a entlaufen. Der Hund ist zwei Jahre alt und eine Kreuzung von Schäfer- und Wolfshund. Die Farbe ist schlagrau, außerdem trägt er ein „Kreuz-Kreuz“-Galsband. Für die Wiedererreichung und Rückgabe des Hundes ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

Arbeiter-Bildungsschule U. S. F. D. Montag abend beginnt der Kursus des Genossen Schwarzkopff über „Das Wesen der Volkswirtschaft“. Schulkolleg: Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9.

Schulentschlussfeier in Neutölln. Am Mittwoch, den 19. Oktober, 7 Uhr, findet im großen Festsaal der „Neuen Welt“ eine Schulentschlussfeier für Neutölln, Britz, Berlin-Süd und Südost statt. Mitwirkende: Das Doyenne, Alfred Beierle, Kammerlängerin Dora Moran, Hilde Engel (Tänze). Eintrittskarten zum Preise von 2,20 M. sind bei den Jugendfunktionären, in den „Freiheit“-Expeditionen Redaritz, 3 und Emmerstr. 32, sowie beim Genossen Schneider, Weiskir. 64, zu haben.

Eine Extraausgabe der „Freiheit“ mit den Wahlergebnissen wird am Montag früh im Straßenverkauf ausgegeben.

An die Arbeiter und Angestellten Berlins!

Zum Kampf im Gastwirtsgewerbe

Wir müssen erneut auf den Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Ortskartell der A.F.J. hinweisen den wir in der Freitagnummer veröffentlichten. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß seit dem 1. Oktober etwa 35.000 gastwirtschaftliche Angestellte sich im Abwehrkampf befinden. Beteiligt sind außer den eigentlichen Gastwirtsgehilfen (Kellner, Köche, Hilfspersonal) auch die kaufmännischen Angestellten, Kassierer, Maschinenisten und Heizer und alle in diesem Gewerbe beschäftigten Handwerker. Es handelt sich hier also nicht nur um eine Lohnbewegung im üblichen Sinne, sondern auch um einen Kampf um die Organisation.

Es ist unbedingt notwendig, daß die organisierte Arbeiterschaft Solidarität übt und daß, bis der Kampf zugunsten der Arbeitnehmer entschieden ist, nur solche Lokale besucht werden, wo die vom Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen aufgestellten Forderungen bewilligt sind. Diese Lokale sind kenntlich gemacht durch grüne Plakate, die einen Aufdruck haben, in dem es heißt, daß „in diesem Betriebe die Forderungen bewilligt sind“.

Zu Versammlungen sind nur die bewilligten Saalgeschäfte zu benutzen. Auskunft über diese Lokale erteilt der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten, Elisenstr. 86, Fernspr. Amt Norden 1813. Bei Veranstaltungen in nicht bewilligten Betrieben, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, ist der Konsum auf das notwendige einzuschränken. In jedem Falle ist aber dafür zu sorgen, daß bei Festlichkeiten keine Streikbrecher beschäftigt werden. Die Bezahlung von 10 Prozent Ausschlag zu den festgesetzten Preisen der Speisen und Getränke ist unter allen Umständen zu verweigern. Die Streikposten sind, wenn nötig, in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Dem arbeitersindlichen Vorgehen des koalitierten Unternehmertums muß die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft entgegengekehrt werden.

Während die Schupo sehr geschäftig ist und teils die Ordnung wieder her- und Streikende feststellt, erlauben sich elende Streikbrecher

Brutale Terrorakte

zu begehen. In einem Falle warf ein solcher Bursche, der Hausdiener Ed. Zoch vom Lokal „Heidelberger“, im Streiklokal den Ausschändigen, die ruhig mit ihm verhandelten, schwarzen Pfeffer ins Gesicht und wollte mit einem Gummiknüppel, der zudem noch mit Bleigewichten gefüllt war, zuschlagen. Den Pfeffer hat dieser Mensch von seinem — Direktor erhalten! — Mehrere ähnliche Fälle sind uns bekannt, die wir noch bekanntgeben werden.

Keine Verständigung in Aussicht?

Die Arbeitgeber haben bisher an jedem Vermittlungsversuch die Bedingungen geknüpft, daß das Zwangsstrafgeld eingeführt werde und sofort jeder „Terror“ aufhören müsse. Gegen die erste Forderung, die einer bedingungslosen Unter-

werfung gleichkommt, lehnt sich das Arbeitnehmerkartell auf, weil es durch Annahme des Schiedspruchs bereits außerordentliches Entgegenkommen bewiesen hat. Betreffs der Streikmaßnahmen hat das Kartell in seiner Antwort an den Polizeipräsidenten ausdrücklich erklärt, daß vom Verhandlungsbeginn ab lediglich Streikposten stehen und im Bedarfsfall Flugblätter verteilt werden sollen. In diesen Maßnahmen kann Terror um so weniger erblidet werden, als der Beginn von Verhandlungen noch keineswegs gleichbedeutend mit einer Beendigung des Streikes ist. Wenn die eine Gruppe sich selbst derart in der Wahrnehmung ihrer Koalitionsrechte beschränkt, darf von der anderen erwartet werden, daß auch sie ihren Verständigungswillen ernstlich bekundet.

Ferner erfahren wir, daß in der nächsten Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission der Forderungstreit betreffend die besetzten Betriebe und der Boykott der Säle, deren Inhaber die Forderungen noch nicht bewilligt und sich noch nicht an den Verhandlungstisch bemüht haben, behandelt wird.

Sozialpolitische Arbeit der Gewerkschaften

Es dürfte als allgemein bekannt voraussetzen sein, daß die Ausübung einer bestimmten Tätigkeit ganz gewisse Berufsrisiken zur Folge hat. Sehen wir ab von der allgemeinen Proletarierkrankheit, der Schwindsucht, so bleiben noch viele körperliche Schäden übrig, die durch gewisse Berufe hervorgerufen werden. Wir sehen hier auch ganz ab von den Industrien, die eine besonders hohe Unfallrate aufweisen, und regieren auch Berufe wie die der Uhrmacher und Diamantschleifer, die frühzeitig die Schkraft verderben. Trotzdem sind noch genug reine Berufsrisiken in verschiedenen Berufen zu konstatieren.

Eine der schrecklichsten war und ist noch die Phosphor-Ischämie, die bei der Phosphorverarbeitung in Streichholzfabriken auftritt. Die ganze chemische Industrie ist für die Arbeitenden ungeheuer gesundheitschädlich und gefährlich zugleich, wie wir bei dem Unglück in Oppau gesehen haben. Während aber die Verwendung von weißem Phosphor fast überall verboten ist, grassiert noch immer eine gefährliche Erkrankung, der besonders die Maler und Anstreicher anheim fallen. Es sind die gesundheitlichen Schädigungen, die durch die Verwendung von Bleifarben auftreten und gemeinhin als Blei-Ischämie bekannt sind. Seit langem wird auf die Gefährlichkeit dieser Krankheiten hingewiesen und seit vielen Jahren verlangen neben den direkt Beteiligten, Ärzten und Sozialpolitikern ein Verbot — und zwar auf internationaler Grundlage — der Verwendung von bleihaltigen Farben.

Die Internationale Arbeitskonferenz, die im Oktober d. J. tagen wird, hat auf ihre Tagesordnung auch den Punkt des Verbots der Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe. Der Verband der Maler und Kassierer hat nun vorgeparat, und ein wertvolles Referat in dieser Frage des Ministerialrats und bayerischen Gewerbezweiges Dr. Koelsch aus München herausgegeben. In der 38 Seiten starken Broschüre finden wir ein außerordentlich reichhaltiges Material, das zugleich die eminenten Schäden in diesem Berufe deutlich in die Erscheinung treten läßt. Der Malerverband hat sich mit der Drucklegung dieser fleißigen Arbeit ein hohes Verdienst erworben und zugleich den Beweis geliefert, wie ungeheuer mannigfaltig die Tätigkeit unserer deutschen Gewerkschaften ist, die abseits von ihren eigentlichen Kampfaufgaben, Kulturarbeit auf den verschiedensten Gebieten leisten.

In diesem Falle wurde unter sozialpolitischer Anschauungsunterricht für die weiteste Öffentlichkeit geleistet, und wir wollen nur hoffen, daß es nun gelingt, ein internationales Verbot der Bleifarben durchzuführen. Tritt dies ein, so dürfte der Malerverband sein gut Teil dazu beigetragen haben, daß die Arbeiterschaft von einem Würgeengel befreit, und ein allgemeiner Fortschritt erzielt wird.

AWA-Funktionäre und AWA-Angestelltenräte und Betriebsräte der Metallindustrie!

Die am Freitag mit dem Verband Berliner Metallindustrieller geführten neuen Verhandlungen haben ein Ergebnis gezeitigt, welches beide Teile ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen wollen. Diese neue Vereinbarung läßt die Wirkungen des Schiedspruchs, der am 7. Oktober im Reichsarbeitsministerium gefaßt wurde, für den Monat Oktober bestehen. Für die Monate November und Dezember wird die vom Schlichtungsausschuss auf 150 Prozent festgesetzte Teuerungszulage auf die Grundlöhne auf 170 Prozent erhöht.

Die angekündigte Versammlung, in der die Ergebnisse der Freitagverhandlungen ausführlich bekannt gegeben werden sollen, findet Montag, den 17. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Deutschen Hofes, Ludauer Straße 15, statt. In dieser Versammlung wird Material ausgegeben für die in den Betrieben über Ablehnung oder Annahme der jetzt getroffenen Vereinbarungen vorzunehmenden Abstimmungen.

Wir machen schon heute bekannt, daß nach einer Vereinbarung mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände diese ab Dienstag, den 18. d. Mts., vorzunehmenden Abstimmungen vom AWA-Bunde veranlaßt werden sollen. Meldungen über die Ergebnisse der Abstimmungen sind dem AWA-Bunde mitzuteilen, Abschriften hiervon aber gleichfalls dem G. d. A. und G. L. A. zu überreichen. Die Meldebettel für diese Abstimmungen werden gleichfalls in der Versammlung ausgegeben.

Das Erscheinen der AWA-Funktionäre und AWA-Betriebsräte ist Pflicht.

Klempner. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung aller auf dem Boden der Antierdamer Internationale stehenden Klempner. Eintritt nur gegen Vorzeigen von Parteibrief und Gewerkschaftsmitgliedsbuch. Erscheinen ist Parteipflicht.

Betriebsrätezentrale

Gruppen-Vollversammlungen

Die Gruppen-Vollversammlungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, die zum Arbeiterschutz Stellung nehmen sollen, finden statt:

- Gruppe 1. Bank und Handel, Montag, 17. 10. 1921, 7 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße 17/18.
- Gruppe 5. Freie Berufe, Montag, den 17. 10. 1921, 7 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße 17/18.
- Gruppe 12. Staat, u. kommun. Behörden, Montag, 17. 10. 1921, 7 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße 17/18.
- Gruppe 15. Sozialversicherung, Montag, 17. 10. 1921, 7 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße 17/18.
- Gruppe 8. Gärtnerei u. Landwirtschaft, Montag, 17. 10. 1921, 6 Uhr, Residenzstraße, Landsberger Straße 31.
- Gruppe 9. Lebens- und Genussmittel, Montag, 17. 10. 1921, 6 Uhr, Residenzstraße, Landsberger Straße 31.
- Gruppe 2. Baugewerbe, Mittwoch, den 19. 10. 1921, 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer, Saal 4.
- Gruppe 7. Holzindustrie, Mittwoch, den 19. 10. 1921, 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer, Saal 4.
- Gruppe 3. Bekleidungsindustrie, Donnerstag, 20. 10. 1921, 6 Uhr, Berliner Vereins- u. Konzertsäle (Arminhallen), Kommandantenstraße 58/59.
- Gruppe 10. Lederindustrie, Donnerstag, 20. 10. 1921, 6 Uhr, Berliner Vereins- u. Konzertsäle (Arminhallen), Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung: 1. Der Arbeiterschutz; 2. Freie Aussprache; 3. Erziehung der Gruppenräte; 4. Verschiedenes. In Anbetracht der Wichtigkeit, die in dem Schutze der Gesundheit und des Lebens jedes Arbeitenden zum Ausdruck kommt, verpflichten wir die Kollegen der einzelnen Betriebe, ihre Betriebsräte zu kontrollieren, daß sie auch die Versammlungen besuchen und ihnen Bericht erstatten.

Streik im chemischen Großhandel Berlins

Eine gutbesuchte Transportarbeiterversammlung des chemischen Großhandels beschloß am Sonnabend im Gewerkschaftshaus mit großer Mehrheit am Montag früh in den Streik zu treten. Verursacht ist dieser Streik durch die Ablehnung der Lohnforderungen der Arbeitgeberschaft, die einerseits so geringfügige Zugeständnisse gemacht haben, daß sie von der Arbeiterschaft als Propaganda angesehen wurden. Die Versammlung war von entschlossener Kampfstimmung beherrscht.

Das Zentralstreikbureau befindet sich in Berlin, Poststraße 29, Restaurant Karl Witte.

Aus der Berliner Korsett-Industrie

Obwohl die Korsettindustrie in Berlin schon Jahrzehntlang heimisch ist, herrschen doch Lohn- und Arbeitsbedingungen, die mit zu den elendesten gehören, die bekannt sind. Als nach Ausbruch des Krieges auch hier die Arbeiterschaft erwachte, gelang es dem D. B. A., einen Tarifvertrag zu tätigen, dem aber ein dreiwöchentlicher Streik im Betriebe der Firma Arnold Obersta vorausging. Auf Verlangen der Kollegenchaft wurden den Arbeitgebern Forderungen eingereicht. Die Firmen W. u. G. Neumann, Elisabethstr. 27-28, Arnold Obersta, Potsdamer Str. Nr. 75, Heinrich Hoffmann, Kommandantenstr. 81, G. Neumann, Leipziger Str. 82, lehnten den Abschluß eines Tarifvertrages jedoch ab. Bei neun anderen Fabrikanten sind dieselben ungenügenden Lohnverhältnisse anzutreffen.

Da die vom D. B. A. zugesandten Forderungen keine Beachtung fanden, wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Zu dem anberaumten Termin am Donnerstag, den 13. Oktober, blieben die Arbeitgeber durch Abwesenheit, ein Beweis dafür, daß diese Herren jede Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft ablehnen. Seitens des Schlichtungsausschusses ist erneut ein Termin am Dienstag, den 19. Oktober, vorm. 9 Uhr, anberaumt worden. Da besonders die genannten Firmen einen festen Herrn-im-Hause-Standpunkt einnehmen, erücht der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, Sebastianstr. 37-38, die Arbeiterschaft, bei ihrem Eintritte dies zu berücksichtigen, und die Eltern werden ermahnt, bevor sie ihre Kinder diese Branche lernen lassen, erst Erkundigungen bei dem Verband einzuziehen.

Glänzendes, großes Künstlerpersonal tritt bekanntlich täglich im Kaffeehaus, Friedrichstr. 50-60, Ecke Leipziger Straße, auf; nachmittags zur Kaffeestunde von 4 1/2, und abends von 7 1/2, Uhr ab. Nach Schluß des Theaters freier Eintritt bei musikalischer Stimmung, vorzüglicher Verpflegung, auch besser, warmer Küche.

Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Gicht!

„Erlösende Wirkung mit Togat.“

Herr Kaufmann B. Schönherr, Celle, berichtet, um seinen Mitmenschen ein ganz vorzügliches Mittel bekanntzugeben, wie folgt: „Ich hatte nach im Geschäft ganz gehörig erlitten und erwarde während der Nacht durch ganz furchtbare Schmerzen in der linken Körperseite, namentlich von der Achsel nach dem Oberarm. Es waren Schmerzen und Beschränkungen beim Gehen, wie ich sie überhaupt noch nicht bei meinem Alter von 65 Jahren kennen gelernt hatte. Da wurden mir von meinem Hausarzt 3 Tabletten Togat verordnet. Die Wirkung war erlösend. Nach 2 Stunden hatten die nicht zu beschreibenden Schmerzen doch schon so weit abgenommen, daß ich an eine Wanderwirkung des Togat glauben mußte und auch glaube. Derartige Schmerzen sind bei mir nie wieder eingetreten. Mit vielem, vielem Dank...“ In gleicher Weise wirkt Togat bei Rheuma, Nubias, Herenschuh, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Gicht, sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen. Dieses wird durch ständig eingehende Mitteilungen immer wieder bestätigt. Hervorragende Ärzte verordnen Togat-Tabletten. In all. Apoth. erh.

Die sparsame Hausfrau

verwendet im Haushalt nur die täglich frisch hergestellte und gelieferte erstklassige

Bolle-Margarine

da dieselbe vorzüglich im Geschmack und sehr ergiebig ist. Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften und in unseren Verkaufsstellen.

Meierei C. Bolle
Alt-Moabit 98/103

Stabilisierung der Wechselkurse

Von Bruno Nisch

Zu den wirtschaftlichen Problemen, die durch den Krieg und die Nachkriegsperiode mit besonderer Eindringlichkeit vor das Auge der an der Weltwirtschaft beteiligten Völker gestellt worden sind, gehört die Frage nach der Wiederherstellung stabiler (fester) valutatischer Verhältnisse. Immer deutlicher zeigt sich, daß die ständige Unruhe der Wechselkurse aller Länder eine wesentliche Ursache der Erschütterung des ökonomischen Lebens und der sich ausbreitenden Krisen ist. Die moderne kapitalistische Wirtschaft braucht zu ihrer vollen Entfaltung nicht nur ein gut ausgebautes und sich ständig erweiterndes Verkehrsnetz, das ihr immer neue Absatzgebiete erschließt, oder ein durchgebildetes Kreditssystem und Zahlungswesen, das die finanziellen Kräfte der verschiedenen Länder für einander nutzbar macht und die Schwierigkeiten eines baren Geldverkehrs überwindet, sondern sie braucht auch mit in erster Linie eine relative Stetigkeit der Wertverhältnisse der einzelnen Landeswährungen, in denen die Käufe und Verkäufe der handelstreibenden Nationen abgeschlossen werden. Jede Schwankung der Wechselkurse, d. h. des Verhältnisses, in dem die Zahlungsmittel eines Staates gegen die der anderen verrechnet oder angenommen werden, erschwert die Kalkulation des Warenverkäufers und des Warenabnehmers, hindert weitaushauende Dispositionen und beunruhigt ununterbrochen den Markt, dessen Gesicht sie immer ausschließlich mitbestimmt. Jede Senkung der Valuta führt zur Erhöhung der Warenpreise, während die Steigerung ihres Wertes zu einem Sturz der Preise und einer allgemeinen Zurückhaltung der Käufer Veranlassung geben wird, soweit nicht gerade diese Erscheinungen durch einen gleichzeitigen Preisumschwung des Weltmarktes in ihrer reinen Auswirkung gehindert werden. So ist z. B. der umfossende Preissturz, der in England oder Nordamerika seine scharfe Ausprägung erfahren hat, etwa am deutschen Markt verhältnismäßig wenig zu spüren gewesen, weil in der entsprechenden Zeitspanne eine ins Gewicht fallende Verschlechterung unseres Marktwertes eingetreten ist, während er in Ländern, die seit dem Sommer 1920 eine günstigere Gestaltung der Wechselkurse zu verzeichnen haben, um so deutlicher in Erscheinung getreten ist.

Der Warenverkehr der Völker trägt die Bodenerzeugnisse und Industrieprodukte eines Landes nach dem anderen, in regelloser Form laufen zahllose Geschäfte nebeneinander her. Trotz der offensichtlichen Anarchie dieses Güterausstausches, der nirgends nach einem bestimmten Plan erfolgt, zeigten die Statistiken des Außenhandels in der Vorkriegszeit überall ein enges Verhältnis zwischen Wareneinfuhr und -ausfuhr. Es zeigte sich, daß kein Land für einen längeren Zeitraum mehr Waren bezog, als es an eigenen Gütern sichtbar und unsichtbar auf den Weltmarkt brachte. Mit unsichtbaren Exporten bezeichnet man die Werte, welche einem Lande an Zinsen von im Auslande angelegten Kapitalien, Einnahmen aus dem internationalen Transportwesen und Zahlungsverkehr, zurückfließenden Ersparnissen ausgewandelter Landesinder, Fremdenindustrie und dergleichen zur Verfügung stehen und zur Bezahlung des etwaigen Einfuhrüberschusses Verwendung finden können. England, Frankreich oder Deutschland wiesen z. B. in ihrer offiziellen Statistik einen nicht unbedeutenden Reichtum an Importen aus, aber die unsichtbaren Exporte überstiegen die Differenz des reinen Warenhandels und ihr Reichtum an im Auslande angelegten Kapital wuchs von Jahr zu Jahr trotz der Passivität der Handelsbilanz.

Als mechanisch wirkendes Regulativ der kapitalistischen Wirtschaft im internationalen Warenverkehr dient der an den Börsen und in den großen Banken konzentrierte Zahlungsverkehr und sein sich ablesendes Barometer: die Entwicklung der Wechselkurse. In den Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges war in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten zumeist der Übergang zur Goldwährung vollzogen worden, und auch in den Staaten mit Doppelwährung mußte sich das Auslandsverhältnis auf den Generalnummern — Gold — einstellen, so daß zwischen den Währungen aller in Betracht kommenden Länder ein festes Verhältnis bestand, das seinen Ausdruck in den Paritäten fand, d. h. in dem Verhältnis des Edelmetallgehaltes der Goldmünzen der verschiedenen Staaten untereinander. So lange die stete Möglichkeit der Einlösung umlaufender Banknoten in Gold gesichert war, mußte demnach die Schwankung der Wechselkurse begrenzt sein. Sie konnten nicht über den Punkt steigen, der sich als Summe des Goldwertes zuzüglich etwaiger Transport- und Versicherungskosten errechnen ließ, und bei dessen Ueberschreiten es dem einzelnen Zahlungsverpflichteten zweckmäßiger erschien, in Gold zu zahlen, als Schecks oder Wechsel auf das Ausland an der Börse zu erwerben.

Doch werfen wir zum besseren Verständnis einen kurzen Blick auf die Art des internationalen Zahlungsverkehrs. Zwischen den Kaufleuten aller Länder bestehen vielfältige Beziehungen. Käufe und Verkäufe in einer unübersichtbaren Fülle laufen nebeneinander her. Zahlungsverpflichtungen entstehen hüben und drüben in Gestalt von kurzfristigen oder langfristigen Wechseln, offenen Krediten, Anzahlungen und den verschiedenen For-

men des entwickelten Kreditverkehrs. Welche Mühe, Arbeit und Kosten würden erforderlich sein, wenn jeder Käufer seinem Lieferanten, jeder Schuldner seinem Gläubiger den ihm zukommenden Betrag zulesen, ihm Banknoten oder Goldstücke sorgfältig verpackt und versichert schicken wollte! In Wirklichkeit ist der bare Zahlungsverkehr bis auf einen Bruchteil aller Zahlungen vollständig ausgeschaltet worden und das internationale Ausgleichsverfahren an den Börsen und in den Banken regelt die Mehrzahl aller Verpflichtungen. Der deutsche Lieferant, der seine Waren nach New-York sendet und damit eine Forderung an einen amerikanischen Kaufmann in Händen hat, wird mit dem Betrage bezahlt, der sich als Forderung eines ganz anderen amerikanischen Händlers an einen ihm völlig fremden deutschen Fabrikanten ergibt, in den Bankbüros sammeln sich die Wechsel und Schecks auf die verschiedensten Plätze der Welt und die Guthaben, die sich daraus ergeben, werden nutzbar gemacht für die Zahlungen, welche heimliche Händler an diesen Orien oder Staaten zu leisten haben. Es würde zu weit führen, diese Vorgänge im Rahmen eines Zeitungsartikels bis in alle Einzelheiten zu verfolgen und das engmaschige Netz des internationalen Ausgleichsverkehrs — so interessant es ist — noch genauer darzulegen, aber es genügt, hier darauf hinzuweisen, daß in dieser Weise vor dem Kriege der größte Teil des Warenverkehrs reguliert wurde, daß tausende und zehntausende von Zahlungen erfolgten, ohne daß eine Mark baren Geldes in Bewegung gesetzt wird.

Solange Angebot und Nachfrage nach Zahlungsmitteln der einzelnen Länder ungefähr im gleichen Verhältnis zu einander standen, konnten sich deshalb nur geringfügige Schwankungen der Wechselkurse ergeben, die vielmehr stets nahe bei der Parität blieben. In Zeiten der Hochkonjunktur oder in den Perioden bestimmter großer Saisonverschiebungen (Baumwollernie, Getreideverfrachtung und dergl.) zeigte sich oft eine besonders lebhaft nachgefragte Zahlungsmitteln, der gegenüber das verfügbare Angebot nicht ausreichte, so daß die Kurse anzogen und sich dem Goldpunkt näherten, d. h. der Preis stieg so hoch, daß es billiger war, Gold bei der Bank zu entnehmen und es zu versenden. Trat dieser Fall ein und ergab sich die Gefahr größerer Goldverschiebungen, dann pflegte die betreffende Notenbank, die auf die Erhaltung ihres der Notenemission als Unterlage dienenden Goldbestandes bedacht sein mußte, zu Gegenmaßnahmen zu schreiben. Sie erhöhte den Diskontsatz, verschärfte die Bestimmungen über die Diskontierung von Wechseln und erreichte dadurch eine Einschränkung der geschäftlichen Tätigkeit, eine größere Zurückhaltung der Käufer. Außerdem aber pflegte die Erhöhung des Zinsfußes ausländische Kapitalisten zur vorübergehenden Kapitalanlage in dem betreffenden Lande zu veranlassen, wodurch eine Steigerung des Angebotes an fremden Zahlungsmitteln eintrat, und eine Regulierung der Wechselkurse erfolgte. Nur sehr selten sind die Notenbanken der Großstaaten zu einer Verweigerung der Goldhergabe geschritten, so daß die Valuta über den Goldpunkt emporstiege. Unter derartigen Verhältnissen hielten sich naturgemäß die etwaigen Schwankungen in engen Grenzen, und es ist bekannt, daß die großen Massen des Volkes weder Gelegenheit noch Ursache hatten, sich über die Probleme des internationalen Zahlungsverkehrs und der Valuta den Kopf zu zerbrechen. Mit dem Beginn des Krieges aber, der eine vollständige Umwälzung der weltwirtschaftlichen Beziehungen brachte, ist der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft auch in dieser Hinsicht gestört worden und es haben sich neue Verhältnisse herausgebildet, unter deren Wirkungen alle Völker empfindlich zu leiden haben.

Die Einlösbarkeit der Banknoten ist aufgehoben worden. An die Stelle goldgedeckten Papiergeldes, das jeder Zeit in seine metallene Gestalt umschlagen konnte, sind papiernen Geldzeichen getreten, die je nach den Bedürfnissen des Staates in mehr oder minder großen Mengen hergestellt und in den Verkehr gepreßt wurden. Während der Umlauf an metallenen oder papiernen Geldzeichen von den Erfordernissen der Wirtschaft bestimmt werden muß, ist in der Kriegs- und Nachkriegszeit die Geldnot des Staates, der seine Ausgaben nicht mit der Steuerleistung seiner Bürger decken konnte, Ursache der ständigen Inanspruchnahme der Notenpresse geworden. Zusätzliche Kaufkraft wird auf diese Weise geschaffen, die ihre Auswirkung in einer fortgesetzten Erhöhung der Warenpreise, in einer Entwertung des Geldes und einem gefährlichen Scheinreichtum findet. Alle Versuche der Staatsgewalt, mit Hilfe des Zwangskurses die ökonomischen Verhältnisse auszugleichen oder an ihrer schließlichen Durchsetzung in bedeutendem Umfange zu hindern, müssen erfolglos bleiben.

Im zwischenstaatlichen Warenverkehr ist die Uebereinstimmung zwischen Ausfuhr- und Einfuhrwert gestört worden. Der Krieg hat eine Umschichtung herbeigeführt und es verursacht, daß die Handels- und Zahlungsbilanz der am Kriege beteiligten Völker stark passiv, die der hauptsächlichsten Lieferstaaten außerordentlich aktiv geworden ist. Das Problem der Bezahlung dieser Differenzen mußte immer mehr in den Vordergrund treten. Kurzfristige und langwährende Kredite, Uebertragung von Vermögenswerten und von Banknoten, Schuldverschreibungen u. dergl. mußten zur Erfüllung der aus dem Warenverkehr erwachsenden Verpflich-

tungen in erster Linie dienen. Trotzdem konnte es nicht verhindert werden, daß die Wechselkurse der sich verschuldenden Länder eine stete Tendenz nach unten zeigten und die der Lieferstaaten sprunghaft in die Höhe gingen. Die Warenversorgung der notleidenden Völker mußte unter diesen Umständen immer schwieriger werden, denn jede Steigerung der ausländischen Valuten bedeutete neue Preiserhöhung, weitere Erschwerung der Geldbeschaffung, wachsende Verschuldung.

Aber auch für die valutastarken Nationen bringt die Höhe ihrer Devisenkurse keinen dauernden Vorteil. Mit dem Steigen des Dollar z. B. verringert sich die Möglichkeit des Verkaufes amerikanischer Waren an andere Völker und der große Produktionsapparat, über den die Vereinigten Staaten verfügen, wird immer mehr zur Einschränkung und zum teilweisen Stillstand verurteilt, so daß Erschütterungen und Krisen eine unausbleibliche Folge sind.

Die hohen Preise der Länder mit entwerteter Währung führen zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten proletarischen Masse. Die Löhne und Gehälter, die gezahlt werden, reichen kaum zur Sicherung des notwendigen Bedarfs, so daß die Kaufkraft für alle Gebrauchsgüter auf ein tiefes Niveau sinkt. Im Verhältnis zu den Lohnsummen valutastarker Gebiete sind die Arbeitseinkommen so lächerlich gering, daß die Gütererzeugung zu Preisen erfolgen kann, die weit unter denen der anderen Länder stehen. Die unter schärfstem Lohndruck hergestellten Waren revolutionieren die fremden Märkte, erschüttern den Lohnstandard der ausländischen Arbeiter und rufen Abwehraktionen gegen das „Dumping“, Schutzollbestrebungen und Einfuhrverbote hervor. Sie bringen zudem die Gefahr mit sich, daß die Proletariat der durch diese Schleuderinge betroffenen Länder in Verkennung der Ursachen dieses Geschehens auf die Reimuten ihrer Kapitalisten erneut kriechen und nationalstischer Verleugung unterliegen. Sie spüren am eigenen Leibe die Folgen dieser Konkurrenz in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzung, und übersehen, daß die eigentliche Schuld in der Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft begründet ist, über ihren eigenen Schatten zu springen und durch eine großzügige auf lange Sicht eingestellte internationale Kreditaktion die wirtschaftliche Gesundung der Welt herbeizuführen, zu der auch die Wiederherstellung der Stetigkeit der internationalen Wechselkurse unerlässlich ist.

Nicht die Aufpumpung der entwerteten Währungen auf ihren Kennwert kann dabei in Frage kommen. Es muß vielmehr im Interesse des Proletariats mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch angekämpft werden, in jahrzehntelanger erhöhter Ausbeutung den früheren Geldwert wiederherzustellen und die in geringwertiger Währung gemachten Schulden etwa in Goldmark zurückzahlen. Das, worauf es ankommt, ist die Stabilisierung der Wechselkurse, die national durch eine scharfe Besteuerpolitik (Erfassung der Sachwerte) und international durch eine ausreichende Kredithilfe der valutastarken Länder erfolgen muß, wenn diese wichtige Grundlage einer geordneten Weltwirtschaft wiederhergestellt werden soll. Die arbeitende Bevölkerung der ganzen Welt ist an dieser Gesundung interessiert, denn auf ihren Schultern werden Kriegen und wirtschaftliche Erschütterungen ausgetragen. Ihre Aufgabe wird es daher auch sein, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß der Wille zum solidarischen Wiederaufbau der Weltwirtschaft sich Regrecht durchsetzt gegenüber den engen Profitinteressen der kapitalistischen Nachhaber.

Kapitalertragssteuer und Gewerkschaften

Obwohl das Kapitalertragssteuergesetz in seinem § 3 die Berufsverbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, von der Besteuerung ausnimmt, will das Landesfinanzamt sie jetzt dazu heranziehen. Bisher wurde den Gewerkschaften, wenn solche Steuer von ihnen erhoben worden war, der erhobene Betrag auf Antrag zurückerstattet. Neuerdings hat aber, wie aus einer kleinen Anfrage an die Reichsregierung hervorgeht, das Zentralfinanzamt Berlin auf einen Antrag des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter auf Rückerstattung von 3391,99 M. geantwortet:

„Ihr Gewerksverein gewährt laut § 3 Abs. 2 der Satzungen Unterstützungen an die Mitglieder in Fällen von Streiks, Maßregelungen, Arbeitslosigkeit usw., d. h. Betrieben wirtschaftlicher Art. Das Landesfinanzamt Groß-Berlin sieht Vereine mit derartigen Zwecken als nur auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet an, und es hat uns angewiesen, Erstattungen in allen derartigen Fällen abzulehnen.“

Dieser Standpunkt des Landesfinanzamts Groß-Berlin ist unhaltbar. Der Wortlaut des Gesetzes sagt klipp und klar, daß Gewerkschaften, oder wie es dort wörtlich heißt, Berufsverbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, von der Steuer befreit sind. Wenn das genannte Landesfinanzamt nun mit einem Male Gewerkschaften, weil sie Streik-, Maßregelungs-, Arbeitslosenunterstützung usw. gewähren, „als nur auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet“ ansieht, so zeigt das nur, daß die Leute, die diesen Entschluß gefaßt haben, weder vom Wesen der Gewerkschaften noch von den Kriterien eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes eine Ahnung haben. Der Begriff „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“ kann in diesem Falle nur dahin definiert werden, daß er auf die Erzielung von Gewinnen ausgeht. Das trifft aber auf die Gewerkschaften durchaus nicht zu.



Vertretertag der freien Lehrgewerkschaft Deutschlands

Erster Verhandlungstag.

Die F. L. G. D., die im vorigen Jahre in Gotha als Nachfolgerin des Verbandes sozialistischer Lehrer gegründet wurde, hielt am 8. und 9. Oktober in Braunschweig ihren Vertretertag ab.

Den Auftakt bildete am Freitag ein Begrüßungsabend. Das preußische Kultusministerium hatte von der Entsendung eines Vertreters bezeichnenderweise Abstand genommen, mit der Begründung, daß es die Geschäftslage des Ministeriums nicht erlaube.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Sonnabend mit einem Referat des Gewerkschaftsvorsitzenden, Kreislehrers Rydahl (Neudöhl), über

Organisationsgrundsätze.

Er teilte mit, daß die Verhandlungen wegen des Anschlusses der F. L. G. D. an den AFB-Bund endgültig gescheitert seien, da es dieser immer noch für möglich hielt, daß sich der Deutsche Beamtenbund freigewerkschaftlich orientieren und dann die Dreifächlertheorie in die Praxis umsetzen könne. Dagegen seien wir der Überzeugung, daß im Deutschen Beamtenbund und besonders im Deutschen Lehrerverein, selbst wenn eine Namensänderung erfolge, unter dem neuen Firmenschild

keine Wesensänderung

der Mitglieder im Sinne einer vorbehaltslosen Anerkennung des Sozialismus als der höheren Wirtschaftsform eintreten würde. Wir müßten also den Gedanken des Anschlusses an den AFB-Bund nach wie vor festhalten und würden nötigenfalls den Aufbau einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation ins Auge fassen.

Geschäftsführer Kollege Menz berichtet über die Kassenverhältnisse. Die Mitgliederzahl ist gegenüber der des Verbandes sozialistischer Lehrer zurückgegangen, da einige Ortsgruppen die Umwandlung in die Gewerkschaft nicht mitgemacht haben. Sie beträgt zur Zeit 456, wovon auf Berlin 200 kommen. Der vom geschäftsführenden Vorstand vorgelegte neue Satzungsentwurf wird mit einigen Änderungen angenommen.

Hierauf referiert Kollege Hübner (Berlin) über Besoldungsfragen. Seine Vorschläge werden einer Kommission zur eingehenden Beratung übertragen.

Das erste Referat des Nachmittags erstattete der frühere braunschweigische Kultusminister, Kollege Sievers, über

Die Schulgesetzgebung im Reich und in den Ländern.

Von bestimmendem Einfluß auf den Geist der Schule, führte er aus, sind weniger die Schulgesetze. In viel höherem Maße sind es die Ausführungsverordnungen der Schulbehörden und ihre Personalpolitik, die auch heute noch das Eindringen freier Ideen in die Schule zu verhindern weiß.

Reichsschulgesetzliche Bestimmungen gibt es erst seit der Resolution, und zwar in der Weimarer Verfassung, die an die Stelle des brutal ausgesprochenen Rechtsanspruches der herrschenden Gewalten eine

Politik der Konzessionen

setzt. Im Anschluß an § 146, 2 der Verfassung liegt seit einiger Zeit ein Reichsschulgesetzentwurf vor, dessen größter Mangel der ist, daß die Frage des Religionsunterrichts über Gebühr in den Vordergrund tritt.

Ein Berufsschulgesetzentwurf, der schon lange vorliegt, wird nicht bekanntgegeben, weil sich Reich und Länder nicht über die Aufbringung der Kosten einigen können. Auch ein Lehrerbildungsgesetzentwurf ist in Vorbereitung. Lehrerbildungsgesetze und solche über Elternräte sind von den einzelnen Ländern herausgebracht worden.

Die weiteren Ausführungen betrafen die Möglichkeit der Änderung dieser Gesetze in unserem Sinne. Als Mittel zur Erreichung dieses Ziels wird

die Bildung schulpolitischer Ausschüsse der sozialistischen Parteien empfohlen, die planmäßig in den Massen Aufklärung über Schulfragen verbreiten. In Braunschweig bestehen sie bereits.

Die Debatte war teilweise recht lebhaft.

Zum Schluß referierte Kollege Mager (Berlin) über die sozialistisch-pädagogische Internationale.

Er verlas zum Schluß die an den Vertretertag gerichteten Begrüßungsschreiben der sozialistischen Lehrerverbände von Frankreich und Italien.

Zweiter Verhandlungstag.

Zunächst stand ein Antrag des Gaues Niederrhein der F. L. G. D. zur Beratung, der schließlich gegen eine Stimme angenommen wurde. Er hatte folgenden Wortlaut:

„Der Vertretertag der F. L. G. D. in Braunschweig bedauert den ablehnenden Beschluß des AFB-Vorstandes, die Angliederung unserer F. L. G. D. auf der Vertretertagung der AFB in Düsseldorf zur Beratung zu stellen. Die dieser Ablehnung zugrundeliegende Hoffnung, daß der Deutsche Beamtenbund als dritte gewerkschaftliche Spitzenorganisation neben A. D. G. B. und AFB treten würde, beruht auf einer völligen Verkennung der Zusammenhänge sowie der gewerkschaftlichen und politischen Einstellung des D. L. B. Der Vertretertag beschließt daher, den Vorstand zu beauftragen, nunmehr die Schaffung einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation mit allen möglichen Mitteln in die Wege zu leiten.“

Die von der Kommission für Besoldungsfragen aufgestellten Richtlinien werden mit einigen Änderungen angenommen.

Bei den nunmehr folgenden Wahlen wird Berlin erneut als Vorort bestimmt. Kol. Rydahl (Neudöhl) wird zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt, Kol. Goh (Berlin) zum zweiten; zu weiteren Vorstandsmitgliedern die Kollegen Hübner und Schüge und die Kollegin Köhler; sämtlich Berlin. Die übrigen fünf Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes hat die Ortsgruppe Berlin zu bestimmen. Als weitere sieben Mitglieder des erweiterten Vorstandes wurden hinzugewählt: Jorns (Braunschweig), Siemen (Essen), Pfälz (München), Auwed (München), Hohmann (Duisburg), Jafobi (Gotha) und Gonnermann (Stettin).

Auf ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat der Kollegin Pfälz (München) über die Beherrenfrage, deren Vorschläge mit geringen Änderungen angenommen wurden, folgte nunmehr als letzter Punkt der Tagesordnung das mit lebhafter Spannung erwartete Referat des Kollegen Neubauer (Thüringen) über

„Die weltliche Schule“.

Er führte etwa folgendes aus: Gemäß § 146, 2 der Verfassung hat die Regierung einen für uns unannehmbaren Reichsschulgesetzentwurf vorgelegt. Da die Demokraten ihn als Ausdruck der realen Machtverhältnisse ansehen, sich also mit ihm abfinden, die Deutschnationalen und das Zentrum ihn begrüßen, da er ihnen die Befreiung der Schule bringt, die Deutsche Volkspartei ihn mit Rücksicht auf die Angst ihrer Wählermassen vor dem roten Geistes ebenfalls hinnehmen und die Rechtssozialisten ihn ebenso schlucken werden, wie sie Stinnes geschluckt haben, so ist anzunehmen, daß er angenommen werden wird.

Was aber dann? Für die Gemeinschaftsschule im Sinne des Reichsschulgesetzentwurfes können wir nicht eintreten, da auch in ihr Religionsunterricht, noch dazu nach dem dogmatischen Grundriss der Religionsgesellschaften, erteilt werden soll.

Die weltliche Schule des Entwurfes unterscheidet sich von der Gemeinschaftsschule nur dadurch, daß in ihr kein Religionsunterricht erteilt wird; im übrigen aber ruht der gesamte Unterricht nach wie vor auf christlich-katholischer Grundlage.

Es bleibt uns also nichts weiter übrig, als für die Weltanschauungsschule des Gesetzentwurfes einzutreten, so sehr wir auch überzeugt sind, daß Gelinnung nicht gelehrt werden kann. Wir brauchen uns hier aber nur solche Lehkräfte gefallen zu lassen, die uns nicht entgegenarbeiten; der Entwurf gibt die Möglichkeit dazu. Es müssen dazu proletarische Freidenkerorganisationen geschaffen und für sie die Anerkennung der Behörden als Körperschaften öffentlichen Rechts erwirkt werden. Die Schwierigkeiten werden ungeheuer sein, wie überhaupt die Umgestaltung des Proletariats von der weltlichen auf die Weltanschauungsschule.

Von den Diskussionsrednern trat zunächst Rektor Holz (München), der als Gast sprach, für die Gemeinschaftsschule ein, da die Einheit der Schule allein ihre Leistungsfähigkeit verbürge und daher für ihn oberstes Prinzip sei. Die Weltlichkeit aller Schulen müßten wir dann eben zu erkämpfen versuchen. Er begegnete erregtem Widerspruch des Vertretertages. Auch die anderen Diskussionsredner hielten sich nicht auf den Standpunkt des Referenten, stimmten aber auch nicht mit Holz überein.

Nachdem die Vorschläge Neubauers, die für die Weltanschauungsschule einzutreten, gegen vier Stimmen abgelehnt worden waren, wurde gegen eine Stimme folgende vom Kollegen Sievers (Braunschweig) eingebrachte Resolution angenommen:

„Die F. L. G. D. hält eine einheitliche Entwicklung der Schule auf dem Boden der Verfassung für undurchführbar. Ebenjoniem sieht sie im Reichsschulgesetzentwurf eine geeignete Grundlage für die Neugestaltung der Schule. Sie tritt vielmehr in allen Phasen des Kampfes ein für die proletarische, weltliche Einheitsschule und Arbeitsschule.“

Der Danziger Immunitätsprozeß

Aus Danzig wird uns geschrieben:

Das Danziger Schwurgericht hat, wie die „Freiheit“ bereits meldete, nach lebhafter Verhandlung die kommunistischen Abg. Kahn und Schmidt für schuldig des Verstoßes gegen § 105 St. G. B. befunden, ihnen aber mildernde Umstände zugestanden. Das Gericht erkannte daraufhin auf die gezielte Mindeststrafe von einem Jahre Festungshaft, Anrechnung von zwei Monaten erlittener Untersuchungshaft und Aufhebung des Haftbefehls.

Mit diesem Urteilsspruch ist das Mittel der Obstruktion ein für allemal beseitigt. Der Staatsanwalt legte in seinem Plädoyer und der Vorsitzende des Gerichts in seiner „Rechtsbelehrung“ den § 105 in der Weise aus — und in dieser Auffassung sind ihnen die Geschworenen gefolgt — daß er nicht nur gegen außerhalb des Parlaments stehende Personen, sondern auch gegen Abgeordnete selbst angewandt werden kann, denn sonst müßte es in dem Gesetz stehen. Da aber nicht im Gesetz steht, daß die Anwendung des genannten Paragraphen auf Abgeordnete ausgeschlossen ist, so schlüssfolgerte man, daß das Gesetz auf jedermann Anwendung finde. Der Staatsanwalt ging noch weiter. Er erklärte, daß nicht nur derjenige nach § 105 St. G. B. bestraft wird, der es unternimmt, eine gesetzgebende Versammlung auseinanderzulassen oder wer es unternimmt, Beschlüsse zu erzwingen oder zu verhindern — die Betonung ist hier auf das Wort „unternimmt“ zu legen — sondern schon derjenige, wer es unternimmt, Verhandlungen zu führen. Mit dieser juristischen Spitzfindigkeit begründet das Danziger Gericht seine Entscheidung.

Also schon ein Stören der Verhandlung ist strafbar. Wirklich ist die Verhandlung des Volkstages am 4. August d. J., um die es sich drehte, auch nur gestört worden. Der Vorgang ist den Lesern der „Freiheit“ aus früheren Darstellungen bekannt. Er sei hier nochmals kurz zur Illustrierung dieses Urteilspruchs wiederholt. Am Tage des Generalstreiks, der wegen des Verstoßes einer Demonstrationsversammlung von allen drei sozialistischen Parteien proklamiert wurde, kam es im Danziger Volkstag, dem Parlament des Freistaates Danzig, zu erregten Szenen. Viele wurden besonders hervorgerufen durch die Nervosität des Danziger Senats, der auf Grund von Spitzberichten und aus Artikeln der kommunistischen „Danziger Arbeiterzeitung“ zu der Ansicht gelangt sein will — wie ein hoher Regierungsbeamter unter seinem Eide auslegte —, daß am 4. August die Diktatur des Proletariats durch die Danziger Kommunisten im Freistaat Danzig errichtet werden sollte. (Auf Befragen der Vorsitzenden fügte selbiger Herr hinzu, daß die Rechtssozialisten und die unabhängigen Sozialisten damals nicht an die Errichtung der Diktatur dachten.) Deshalb strahlte an diesem Tage der Freistaat in Danzig. In der deutschen nationalen Volkstagsfraktion war mit einigen deutschen nationalen Senatoren die Frage besprochen worden, wie man die Kommunisten propagieren könnte, um dann den § 105 St. G. B. anzuwenden — über dessen Anwendbarkeit gegen Abgeordnete man sich im Klaren war — und



Die Kunst des Waschens

besteht nicht allein in der richtigen Behandlung der Wäsche, sondern vor allem in der richtigen Wahl der Waschmittel. Diese müssen ohne Schärfe sein, das Gewebe nicht angreifen, eine schöne feste Lauge geben, Schmutz, Staub usw. völlig lösen. Alle diese Vorzüge vereinigt in sich

PERSIL

das allbewährte und fiberos beliebte selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung. Aber es leistet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften noch weit mehr, nämlich:

Es wäscht und bleicht gleichzeitig, verkürzt die Waschlauer, ermöglicht also

schnelles Waschen! Es erfordert keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw., daher ... **sparen Sie Geld!**

Während Sie Ihr Essen bereiten oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze zum Waschen ausnützen, also ... **keine Extrafeuerung!** Dadurch und weil nur einmaliges vierstündiges Kochen nötig ... **sparen Sie Kosten!**

Während Sie Ihrer Arbeit nachgehen, verrichtet Persil das Waschen für Sie vollständig selbsttätig, ohne Waschbrett oder Maschine, daher **keine Arbeitsbehinderung!** Denn es wäscht ganz von selbst, völlig mühelos ohne Reiben und Bürsten, daher ... **sparen Sie Arbeit!**

Persil erspart die Rasenbleiche, gibt einem Kleider, duftenden Geruch und macht, mag sie noch so schmutzig sein ... **bleichendweiße Wäsche!** Es löst Schmutz und Staub völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und greift das Gewebe nicht an, daher ... **schonen Sie die Wäsche!**

Alle diese Vorteile erlangen Sie durch Gebrauch von Persil. Es ist jetzt wieder in Frischens-Qualität überall zu haben und nicht nur das beste, sondern vor allem

das allein richtige Waschmittel!

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Henkel & Cie. Düsseldorf

Preis das Paket Mk. 4.—

KOGNAK

Reiner Weinbrand 33l. 42.00
Allzahl sukero. 44l. 50.00
Ständortler 37l. 40.00

Restaurateurs

Weinbrand 33l. 42.00, Gemischte anbere Spirituosen, Weißwein, Rotwein, Sekt billig, Zigaretten, Zigarren, Tabak zu Fabrikpreisen.

Schlaraffia

Berlin
Münsterstr. 2, Turmstr. 80
Votodamer Straße 26 b,
Weißburger Straße
Ecke Franzosenstr.

Kaufhaus ANDERS

am Hof, Wedding
Größtes Haus
bier. am Vettelbochplatz
Herren-
Damen-Garderoben
Nette Ausmaße
Pelz & Kragen
Auf Zeitzahlung

MÖBEL

und Polsterwaren
eigenes Fabrikat!
Spezialität:
1-2-Zimmer-Einricht-
ungen und einzelne
Wohnstücke von
billig bis edel.
Mittelschicht!
Ermittelte Zahlungsmittel.
KREDITHAUS
„ANDERS“
Str. Cass str. 2, Vettelbochplatz,
Vettelbochplatz Strasse 10.

Gänselebern

frisch, selbst-
angefüllt, aus
einer Hand.
Paul Paulew
Wilken 15. 10. 1919.

Sandparzellen

in Seeen, dicht am See,
10 Min. v. Bbl. 1. 2. 3.
s. 35. 36. an, bei kleiner
Anzahlung verkauft 20.
Reichardt, Berlin O. 54,
Rosenthaler Straße 30,
Kord. 2002. 64. Con-
zessionen jährlich im Reichs-
schutz, direkt am
Vf. Königswehrt.

Du suchst

ein gediegenes Musikinstrument?
Beil & Voss ist die Firma, die ganz Berlin kennt,
Weil die Auswahl enorm, die Bedienung reell!
Kaufst Du dort, was Du suchst, an der richtigen Stelle!

Electromophon
Orig. Gramophon
Grammophon-Platten
Parlophon-Platten
Beka-Platten
Tanz-Platten

Violen-Lauten
Mandolinen
Gitarren
Bandonien
Mundharmonikas
Saiten u. s. w.

BEIL & VOSS

TAUENTZIENSTR. 5 • ROSENTHALERSTR. 46/47
BADSTR. 42/43 • GR. FRANKFURTERSTR. 110
KOTTBUSERSTRASSE 1.

BEIM WANDERN IST MEIN WERBEGROSS
DAS LAUTENSPIEL VON BEIL & VOSS

Eigene Reparaturwerkstatt.
Kataloge kostenlos durch die Zentrale
Berlin C. Prenzlauerstrasse 52.

KORBMOBEL

Unübertroffen großes u. billiges Lager
Metzner
Brunnenstraße 95
Beusselstraße 67
Leipziggasse 54-55
Kinderwagen - Welthaus Neukölln, Leipzigerstr. 113
Andreasstr. 23 (a. Platz) SPANDAU
Charlottenstr. 24a

Wollburg

Kinder-Bekleidung

Kinder-Kleidchen 45-55 cm lang, 23⁰⁰ Weill. Gr. 3,00
Kittelform, geräumiger Baumwollstoff, ca. 43 cm
mehr
Kinder-Spielanzüge 59⁰⁰ Weill. Gr. 3,50
geräumige Baumwollstoffe, für ca. 2 Jahre
mehr
Mädchen-Kleider 60-100 cm lang, 95⁰⁰ Weill. Gr. 8,50
Woll-Cheviot, mit Stepperl, ca. 60 cm lang
mehr
Matrosen-Kleider 60-100 cm lg., 136⁰⁰ Weill. Gr. 14,00
u. Faltenrock, marine Cheviot, ca. 60 cm lang
mehr

Kinder-Mäntel 45-65 cm lang, 98⁰⁰ Weill. Gr. 12,00
aus einfarbigen Filzstoffen, ca. 43 cm lang
mehr
Mädchen-Mäntel 70-100 cm lang, 250⁰⁰ Weill. Gr. 15,00
aus weichen warmen Stoffen, ca. 70 cm lang
mehr
Knaben-Anzüge für 3-8 Jahre, 150⁰⁰ Weill. Gr. 6,00
Schlupf-, büstenform mit extra Knöpfen, ca. 33
mehr
Burschen-Anzüge für 9-14 Jahre, 310⁰⁰ Weill. Gr. 20,00
Saarjoppen u. Reithosenform, für ca. 9 J.
mehr
Knaben-Schlupfmäntel für 2-8 Jahre, 200⁰⁰ Weill. Gr. 10,00
aus weichen warmen Stoffen, für ca. 2 Jahre
mehr
Burschen-Paletots für 9-14 Jahre, 360⁰⁰ Weill. Gr. 15,00
Schlupf-, weiche warme Stoffe, l. ca. 9 J.
mehr

Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden prima Stoff, 11⁵⁰ bis 34⁷⁵
mit Nadel-Verzierung, für das Alter von 1-13 Jahren
Mädchen-Beinkleider 19⁷⁵ bis 37⁵⁰
mit Nadel-Verzierung, für das Alter von 1-13 Jahren
Mädchen-Nachthemden gut. Stoff, 39⁵⁰ bis 72⁰⁰
mit Nadel-Verzierung, für das Alter von 1-13 Jahren
Knaben-Hemden bester Stoff, 16⁵⁰ bis 40⁰⁰
Auschnitt, für das Alter von 1-13 Jahren
Knaben-Nachthemden mit Lin- 37⁵⁰ bis 71⁵⁰
gekn., farb. Besatz u. Tasche, l. d. Alter von 1-13 J.
Prinzessröcke mit Nadel-Verzierung, 27⁵⁰ bis 72⁵⁰
für das Alter von 1-13 Jahren

Kinder-Trikotagen

Knaben-Hemden 32⁵⁰ Größe 70-75 bis 35⁰⁰ Größe 80-85
wollgemischt
Knaben-Beinkleider 30⁰⁰ Größe 3 u. 4 bis 31⁵⁰ Größe 5 u. 6
wollgemischt
Anknöpflöschen 24⁵⁰ Größe 35-40 bis 26⁵⁰ Größe 50-55
wollgemischt
Erslings-Jäckchen 5⁷⁵ Größe 1 u. 2 bis 6⁹⁰ Größe 3 u. 4
Baumwolle, weils.
Kinder-Höschen 16⁵⁰ alle Größen
Baumwolle, weils.
Kinder-Strümpfe 8⁰⁰ jede weils. Gr. 1, 30 mehr
reine Wolle, 1x1 gestr., schwarz, Größe 1



Kinder-Hüte

Backfisch-Matelo 48⁰⁰
zweifärbig gewebt, aus Filzstoff
Weiche Sammelkappe 60⁰⁰
mit Pompon
Backfisch-Sammelkappe 65⁰⁰
kleidende Form
Matrosenform 69⁰⁰
weiche Filzqualität, mit Bandschleife
Haar-Felbellut 127⁰⁰
ungarniert, grosse Matrosenform
Haar-Velourshut 150⁰⁰
Matrosenform, ungarniert

Kinder-Schuhwaren

Kinder-Hausschuhe Kamei- 10⁵⁰ Gr. 12⁵⁰
horizont., mit Lederersatz-Sohle, Gr. 21-30
Kinder-Stiefel braun, 93⁰⁰ bis 98⁰⁰
Fahleder, nur gute Qualität, Gr. 27-30
Kinder-Stiefel braun, 98⁰⁰ bis 125⁰⁰
Kindbox, schöne Form, Gr. 27-30
Einzelpaare in verschiedenen Lederarten 63⁰⁰
und Ausführungen, nur Größe 27 vorrätig, Paar
Burschen-Stiefel Boxhall, in dauerhafter 110⁰⁰
Ausführung, bequeme Form, Größe 36-39
Backfisch-Stiefel verschiedene Leder- 175⁰⁰
arten, mit u. ohne Lackkappe, mod. Form, Gr. 36-39

Besonders preiswerte Kinder-Schürzen

Hänger und Halbreform
aus nur guten Stoffen
Größe 45-60 cm 24⁵⁰ Größe 65-80 cm 34⁵⁰
Größe 45-60 cm 29⁵⁰ Größe 65-80 cm 39⁵⁰

HERMANN TIETZ

Garantiert reine
Kerose, ob Fabrik, Gelegenheits-
kauf, da hellbraun ausgefallen
250 Gramm-Riegel à 2 Mk. 3.30
Fett- u. Öl-Industrie G.m.b.H.
Seifenfabrik, Berlin DIO 18, Weberstraße 21

Herren Moden auf Kredit
kauft man billig u. reell bei
With. Frese
Berlin N 54
Weinbergswen 1
nahe Rosenthaler Platz

Möbel
zu bedeutend herabgesetzt, Breiten
auf Zeitzahlung
Kleinst- bis v. Absatzland
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Hagenbergl.
Kilowatt: Tel. 47-48
20 Min. v. Bf. Hagenbergl.

Spezialbehandlung
(Syphilis, Haut-, Horn- u. Frauenleiden, Mannesstrücker)
Schneide, Sch., Schmerzlos, ohne Verunstaltung,
Liese u. Blasenentzündung, Gelenksentzündung, Hämorrhoiden,
Schmerzlose elektrische Durchleuchtung,
Heilanstalt Dr. Andres, Invalidenstr. 147, 1. Etage
Vorbereitend, 2 Minuten v. Ost.-Bahnhof
Untersee, kostenl. Eprech. 10-1, 4-6, Sonntags 10-12.

Kropf
behandelt erfolgreich ohne Operation
schmerzlos und ohne Verunstaltung. Bei
Wahrerlei Geld zurück. Heilanstalt
und Heilgymnastik C. Weidert,
Bismarckstr. 191, Nähe Volkersplatz,
Eprech. 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-12.

Dr. med. Karl Reinhardt's Spezialärztl. Institut
Potsdamer Straße 117, n. d. Lützowstr.
Glänzende Erfolge durch unter-
bewusstes Heilverfahren bei allen
Gefühlsstörungen, Syphilis,
Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche
Schmerzlose Heilbehandlung ohne Verunstaltung,
Schmerzlose Gelenksentzündung, Horn- und Blasen-
entzündung, Auskult und Beratung kostenlos.
Sichere Heilweise.
Warnung
vor misshandlungen oder
schändlichen Heilverfahren
Epr. 1, 12-2 u. 4-6, Sonnt. 10, 11-1.

In den nächsten Tagen gelangt zur
Ausgabe der unabhängig-sozialistische
Familienkalender Volksfreund
Preis des gut ausgestatteten Buches
3.- Mark. / Zu beziehen durch
alle Partibuchhandlungen, / Be-
stellungen nehmen unsere Filialen
und Austräger entgegen.

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Strasse 8-9

NOCH PREISWERT!

Schlüpfers
aus Eskimo u. Affenhaut
mit farbigen Unterkragen
595.-
Püsch- u. Breitschwanz-
Mäntel von Mk. 585.- an
Fausch-Unter-
von Mk. 275.- an
Kostüme u. Kleider,
neueste Schöpfungen
eigener Fabrikation

OSKAR WOLLBURG
BERLIN, N. BRUNNENSTR. 56-57

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Berlin D 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Bf. Frankfurter Allee

empfohlen zu bekannt billigen
Preisen bei solider Ausführung

Komplettes
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres
Küchen farblich und naturgemäß
in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos intern.

Spezialarzt
für Haut-, Horn-, Frauen-
leiden, Syphilis, Gelenk-
entzündung, Blasenentzündung,
Schmerzlose Heilbehandlung ohne Verunstaltung,
Schmerzlose Gelenksentzündung, Horn- und Blasen-
entzündung, Auskult und Beratung kostenlos.
Sichere Heilweise.
Epr. 1, 12-2 u. 4-6, Sonnt. 10, 11-1.

Panachtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 Mk.
Schwarz, Amerika 22 Mk.
Vierfarbig . . . 22 Mk.
Gold Tabak . . . 27 Mk.
Dr. Hamburg
Grage 1, 1

NOTGELDSCHEINE
Praktisches Instrument, Voll. Mikroskop, Vertikal Mikr., Mikroskop, 45.
Gräufische 350
Weinstein, Libauer Straße 5

Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahl von 21. 800 an. Günstige Lage.
Kaufmann: Terracing-Gesellschaft Heiligensee, Berlin
1422 G. Schillerstrasse 24. Telefon: Witten 716.
In Heiligensee im Bureau oder bei Kommod.
Restaurant Kottbuscher Heiligensee, Kottbuscher
Teichstraße der Tegel-Heiligensee-Station.

GARDINEN

Montag, Dienstag, Mittwoch

6 Prozent Rabatt **In diesen 3 Tagen** **6** Prozent Rabatt
bringen wir große Gelegenheiten zum Verkauf

Künstlergardinen, hochmod. Muster 72, 50, 100, 125, 140 M.
Schaigardinen, ca. 70 cm breit 38, 45, 65 M.
Stückware in allen Breiten Meter 6, 8, 10, 15-26 M.
Bettdecken, zweifärbig, mit Volants . . . 75, 100, 175-250 M.
Stores, alle Arten, elegante Ausführung 48, 65, 100, 137-175 M.
Zuggardinen, abgepaßt und vom Stück 85, 110 M.
Madrasgardinen, neue, reizende Farbenstellungen, waschecht in
allen Preislagen

Diwanddecken, Tischdecken usw. staunend billig

Spezial-Gardinen-Geschäft Herzig
Dresdener Strasse 124 Kopenhagener Str. 1
1. Etage, am Kottbuser Tor 1. Etage, a. Bf. Schönhaus-Allee

Ausschneiden!

Demnächst erscheint! **L. Trotzki** Demnächst erscheint!

Die neue Etappe / Die Weltlage und unsere Aufgaben

Preis broschiert Mk. 2.50, / gebunden Mk. 6.-

Bestellungen sind zu richten an
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg 11